

Politische Berichte



EU-Verfassungsentwurf treibt die Entwicklung der EU zu einem aggressiven Militärblock voran

3

Z.B. Hamburg- Steinshoop – zurück in die Siebziger

12

Mannheim: Heftige Auseinandersetzungen um Erhalt von Arbeitsplätzen in alteingesessenen Metallbetrieben

15

Hoffnungen auf und in eine Reform des Tarifrechts öffentlicher Dienst: Kaum begonnen – schon zerronnen?

18



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHEINT VIERZEHNTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider, GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040/43188820, Fax: 040/43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... und Ost Achim Wahl; GNN-Verlag, Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer, Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de – Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761/34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 (Förderabo 42,90), ein Jahresabonnement kostet 59,80 (Förderabo 85,80). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60, Sozialabo: 46,80. Ausland: + 6,50 Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

ABSCHIEBEN. Deutsche Abschiebungsbehörden führen Abschiebungsflüge in das Kosovo durch und verletzen dabei die Absprachen mit der UN-Interimsverwaltung im Kosovo (UNMIK), die in einem sogenannten Memorandum of Understanding festgelegt worden sind. So scheiterte am 26. Juni die geplante Abschiebung von mehr als 60 Personen mit Ziel Pristina (Kosovo). Unter den Passagieren befanden sich auch Angehörige ethnischer Minderheiten, bei denen UNMIK Risiken im Einzelfall prüft. Die beteiligten deutschen Behörden, die zentrale Ausländerbehörde Düsseldorf und das Innenministerium Nordrhein-Westfalen hatten offenbar nicht rechtzeitig die Passagierliste vorgelegt, so dass UNMIK keine Landeerlaubnis in Pristina erteilte. Daraufhin wurde eine Umgehungsstrategie erprobt. Der Flug wurde nach Podgorica (Montenegro) umgeleitet. Es sollte versucht werden, von dort aus mit Bussen die Abzuschiebenden in das Kosovo zu bringen. UNMIK wollte auch diese Praxis nicht hinnehmen. Darauf hin hob die Maschine mit Ziel Düsseldorf ab. Hintergrund des Vorgangs ist die im sogenannten Memorandum of Understanding verabredete Prozedur. Angehörige der Roma- und der serbischen Minderheit sind von Abschiebungen vorläufig ausgenommen. PRO ASYL kritisiert den Vorgang als flagrante Verletzung des Memorandum of Understanding. Offenbar sollen die Grenzen dessen ausgelotet werden, was UNMIK hinzunehmen bereit ist.

BESPITZELN. Die Bundesregierung soll Konsequenzen aus dem Dresdener Bombeaufnieden ziehen und veranlassen, dass an allen risikosensiblen und gefährdeten Orten wie Flughäfen, Bahnhöfen und Seehäfen unverzüglich Videoanlagen mit Tag- und Nachbetrieb eingerichtet werden. Dies fordert die Fraktion der CDU/CSU in einem Antrag (15/1238). Nach Vorstellung der Union ist umgehend eine spezifizierte Gefährdungsanalyse zu erstellen und vorzulegen. Auch sei für eine umfassende Aufklärung und Sensibilisierung zu sorgen, um die Mitarbeit der Bevölkerung zu aktivieren. Hindernisse wegen datenschutzrechtlicher Bestimmungen gebe es nicht, da auf öffentlich zugänglichem Gebiet eine Beobachtung mit optisch-elektronischen Einrichtungen zulässig sei.

VERHAFTEN. „Werde ich demnächst nach London ausgeliefert und dort inhaftiert, wenn ich einen spanischen Stierkämpfer bei einem Grundstückkauf in Großbritannien berate?“ Diese auf den ersten Blick wahrlich absurde Frage stellte ein Jurist am Freitag auf einer vom Republikanischen Anwaltsvereins und dem Europäischen Demokratischen Anwälten organisierten Tagung im Berliner Abgeordnetenhaus. Europa – Raum von Freiheit, Sicherheit und Recht lautete das Motto. Im Mittelpunkt stand der Euro-

päische Haftbefehl, der am 1. Januar 2004 im gesamten EU-Bereich in Kraft treten soll. Die 32 Katalogstraftaten, für die zu einer Auslieferung die Strafbarkeit in beiden Ländern nicht mehr erforderlich ist, kommen überwiegend aus dem Bereich der Alltagskriminalität und sind beliebig interpretierbar. Delikte aus dem Bereich der Geldwäsche, der Cyberkriminalität und der Korruption gehören ebenso dazu. Dadurch werden die Befürchtungen des anfangs zitierten Vermögensberaters eines Stierkämpfers verständlicher. In Großbritannien ist der Stierkampf verboten und alle finanziellen Transaktionen mit den Einnahmen aus diesem Gewerbe gelten als illegale Geldwäsche. Die demokratischen Juristen Europas befürchten, dass sich in Zukunft die repressivsten Elemente der einzelnen Länder auf EU-Ebene durchsetzen könnten. So könnte die Praxis der italienischen Justiz, die mit der Konstruktion eines Schwarzen Blocks Globalisierungskritiker verfolgt, ebenso europäische Rechtsnorm werden wie die rigide deutsche Drogengesetzgebung. Richter Garzon aus Spanien könnte seine Verfolgungsgelüste gegen vermeintliche Vorfeldorganisationen der ETA dann ebenfalls auf ganz Europa ausdehnen. Denn ein Auslieferungshindernis aus politischen Gründen besteht nach dem 1. Januar nicht mehr. Für die demokratischen Anwälte ist die Einführung des Europäischen Haftbefehls nur ein wichtiger Meilenstein bei der Realisierung einer repressiven EU.

EINSPERREN. Am 25. Juni tagte der Rechtsausschuss des Bundestages abschließend über einer Änderung des Sexualstrafrechts. Am Donnerstag, 3. Juli, soll im Bundestag die Schlussabstimmung stattfinden. Auch wenn die Regierungskoalitionen jetzt auf die ursprünglich vorgesehene Anzeige- und Meldepflicht bei beabsichtigtem Kindsmisbrauch verzichten, ist es insgesamt eine Gesetzesänderungen in Richtung mehr Einsperren und weniger Therapien. Künftig wird die Anordnung der Sicherungsverwahrung auch bei gefährlichen Heranwachsenden möglich. Den Gesetzentwurf der Regierung kritisierte der Direktor des Instituts für Kriminologie an der Justus-Liebig-Universität Gießen, Professor Arthur Kreuzer. Der Entwurf sei ein weiteres Beispiel dafür, wie durch laufende Ausweitungen und Verschärfungen das Strafrecht als äußerstes staatliches Zwangsinstrument inflationär eingesetzt und damit letztlich geschwächt werde, so Kreuzer. Kreuzer bezeichnete die Initiativen der Regierung und der Opposition weiter als „Populismus“. Eine Verschärfung der Strafandrohungen werde die Überbelegung in den Haftanstalten verschärfen und infolgedessen die Behandlung in Richtung Vorbeugung von Rückfällen verschlechtern. Damit wäre der Sicherheit der Bevölkerung nicht gedient. (hib, 25.6.)

Wie kann die IG Metall ihre Schlagkraft wiederherstellen?

Streikabbruch: IG Metall im Osten gescheitert

Die erfolgreichste Einzelgewerkschaft der Welt hat eine herbe Niederlage einstecken müssen. Das ist für die Mitglieder, Funktionäre und auch für den Vorstand eine neue Erfahrung.

Die IG Metall hat schon häufig ihre Ziele nicht erreicht. Aber das war meist auf dem politischen Feld, in der Sozialpolitik beispielsweise, zuletzt in der Auseinandersetzung um die Kahlschlagsagenda 2010. Im Kernbereich gewerkschaftlicher Kompetenz hingegen, in der Fähigkeit, Tarifverträge zu erringen, galt die IG Metall bislang als faktisch unbesiegbar. Dass es nun doch geschehen ist, sorgt für eine tiefe Verunsicherung in der Mitgliedschaft. Klaus Zwickel tut gut daran, für eine sorgfältige Aufarbeitung einzutreten.

Wenn diese so wichtige Gewerkschaft ihre Rolle in der Bundesrepublik wieder einnehmen will, geht das nur durch Zusammenführung der Richtungen und Personen. Und dies geht nur durch eine aufrichtige Aufarbeitung der gemachten

Fehler. Die IG Metall tut gut daran, sich nicht von außen in eine unerfreuliche Personalauseinandersetzung treiben und zerren zu lassen.

Warum war ein Tarifabschluss nicht möglich?

Nach den Berichten der Verhandlungskommission vom 27./28. Juni war der Großen Tarifkommission am 29. Juni klar geworden, dass die Arbeitgeber ein Scheitern nicht nur in Kauf nehmen wollten. Sie wollten ein Scheitern herbeiführen.

Die IG Metall hatte zuletzt folgendes Kompromissangebot unterbreitet:

Verringerung der Wochenarbeitszeit am 1.1.2004 auf 37 Stunden; spätestens am 1.1.2009 auf 35 Stunden; Verlängerungsoption bis 2011 bei wirtschaftlicher Begründetheit und eine Regelung für Härtefälle. Die Schritte im einzelnen sollten einvernehmlich von den Betriebsparteien festgelegt werden. Im Konfliktfall sollte eine tarifliche Schlichtungsstelle entscheiden.

Die Betriebsparteien legen innerhalb eines Korridors zwischen 35 und 40 Stunden die betriebliche Arbeitszeit fest. Arbeitszeiten über 38 Stunden sind über ein Arbeitszeitkonto in Freizeit auszugleichen. Im Konfliktfall entscheidet wiederum eine tarifliche Schlichtungsstelle.

Mit diesem Angebot hatte sich die IG Metall bereits sehr weit von ihren Ausgangspositionen entfernt und die Eckdaten des Arbeitgebervorschlags übernommen. Doch siehe da, die Arbeitgeber rückten weiter von bereits gemachten Vorschlägen ab und stellten neue Forderungen, u.a. die Verschiebung der bereits vereinbarten Tarifregelungen im kommenden Jahr zur Angleichung der Löhne und Gehälter hin auf ein gemeinsames Entgelt. Spätestens damit war klar, was die Arbeitgeber wirklich wollten. Auch das anschließende Spitzengespräch zwischen Zwickel, Peters und Düvel für die IG Metall und Kannegeißer, Busch und Fischer für die Arbeitgeber brachte nichts mehr.

Zum Beispiel DER SPIEGEL – Ziel: Die arbeitenden Klassen als Machtfaktor ausschalten

DOKUMENTIERT (Auszug) <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,254777,00.html>

STREIK-ABBRUCH Die Selbstdemontage der IG Metall Von Michael Kröger

(...) Erstaunlich, wie unabirrt die Initiatoren des Arbeitskampfes – als Drahtzieher gelten IG-Metall-Vize Jürgen Peters und sein Vertrauter Hasso Düvel – trotzdem an ihrem Kurs festhalten. Selbst den Widerstand in den eigenen Reihen kämpften sie beherzt nieder. Nicht einmal Erich Klemm, Betriebsratsvorsitzender bei DaimlerChrysler in Stuttgart, drang mit seiner Kritik durch. Der mächtige Gewerkschafter hatte seinen Kollegen Peters während einer Krisensitzung der Betriebsräte der großen Auto-Konzerne in einem Wutausbruch als Naivling und politischen Geisterfahrer bezeichnet. Auch nach dem desaströsen Ende des Streiks geben die Betonköpfe nicht klein bei. (...)

Gefährliches Blockierer-Image – Der Flurschaden, den die Hardliner bereits angerichtet haben, ist riesig. Der Imageverlust, während der vergangenen zehn Jahre ein schleichender Prozess, hat insbesondere in der ersten Jahreshälfte 2003 besorgniserregende Ausmaße angenommen: Die Gewerkschaften gelten inzwischen als die Blockierer des gesellschaftlichen Wandels schlechthin. Ob Hartz-Konzept, Verlängerung der Ladenöffnungszeiten oder Schröders Agenda 2010 – stets waren es Gewerkschaftsbosse, die

sich mit einem entschiedenen Veto zu Wort meldeten.

Zu häufig holten sich die Gewerkschaftsbosse beim Anrennen gegen den Wandel auch noch eine blutige Nase. Noch im Mai hatte DGB-Chef Michael Sommer den Protest Hunderttausender angekündigt, die gegen Schröders Agenda anmarschieren sollten. Das Echo blieb verhalten. Um das Scheitern nicht eingestehen zu müssen, vertagte Sommer die zweite „Protestwelle“ kurzer Hand auf den Herbst.

In der Öffentlichkeit hat solches Gebaren eine verheerende Wirkung. Die Meinungsforscher belegen den Trend mit Zahlen. In einer Umfrage des Allensbacher Instituts für Demoskopie trauen den Gewerkschaften lediglich noch 14 Prozent der Befragten eine Rolle als Reformmotor zu.

„In der Bevölkerung herrscht inzwischen ein Bild von den Gewerkschaften als machtvolle Institutionen vor, die sich mehr der Vergangenheit verpflichtet fühlen, als der Gegenwart oder der Zukunft“, fasst die Allensbach-Forscherin Renate Köcher die Ergebnisse zusammen. 49 Prozent der Bevölkerung seien überzeugt, dass es der offiziellen Vertretung der Arbeitnehmerschaft heute nur mehr um eigene Interessen gehe.

Dieser Eindruck beginnt sich allmählich auch dort durchzusetzen, wo die Gewerkschaften bislang ihre Macht demonstrieren konnten: in den Betrieben. Für Aufsehen sorgte in diesem Zusammenhang der Fall Vissmann. Beleg-

schaft und Geschäftsführung des nordhessischen Heizkesselherstellers hatten sich auf eine Verlängerung der Wochenarbeitszeit geeinigt, um die Verlagerung der Produktion nach Tschechien zu verhindern. Die Gewerkschaft zog gegen die Vereinbarung vor Gericht, weil die nicht den Regeln des Tarifvertrags entsprach.

Ohne Gewerkschaft geht es besser – In gleicher Weise wollen Gewerkschafter beim hessischen Verpackungsmaschinenhersteller Rovema eine Betriebsvereinbarung über die Kürzung des Urlaubsgeldes blockieren – und könnten damit zum Abbau von Arbeitsplätzen beitragen.

Solche Beispiele machen die Runde. Deshalb endet der Einfluss der Funktionäre immer häufiger vor dem Werkstor. Speziell in Unternehmen, deren Existenz auf dem Spiel steht, haben sie praktisch keinen Einfluss mehr. Dort verabreden Betriebsräte und Management in enger Abstimmung längere Arbeitszeiten ohne Lohnausgleich oder sie streichen andere tarifvertraglich festgelegte Goodies.

In Betrieben wie zum Beispiel dem US-Chiphersteller AMD oder der Siemens-Tochter Infineon spielten die Gewerkschaften von vorneherein überhaupt keine Rolle. Die Verständigung zwischen Belegschaft und Management funktioniert dafür umso besser. Was die Produktivität betrifft, belegen die Dresdner Werke jeweils vordere Ränge in ihren Konzernen. Investitionsprogramme werden deshalb trotz der Konjunkturflaute im Chip-Markt nicht gekürzt. ■

Warum konnte der Streik nicht weitergeführt werden?

Die Anzahl der streikfähigen Betriebe in den ostdeutschen Tarifgebieten war nie hoch. In der konkreten Streikvorbereitung schmolz diese Anzahl noch einmal um die Hälfte zusammen. Das waren die ersten Alarmzeichen, die aber von der Streikleitung nicht berücksichtigt wurden. Der eigenen Schwäche durchaus bewusst, entstand dann später die Idee mit den „Fernwirkungen“. Damit ist gemeint, dass zielgerichtet im Osten Zulieferer für die westdeutsche Automobilindustrie bestreikt wurden, um Produktionsausfälle im Westen zu provozieren, die dann die Arbeitgeber zum Einlenken bewegen sollten. Diese Idee war eine Schnapsidee. Die Produktionsausfälle bei BMW, VW und anderen brachte Belegschaften, Arbeitgeber und Betriebsratsvorsitzende im Westen mit ihren je verschiedenen Beweggründen in ein Bündnis gegen die Streikführung der IG Metall. Die Strategie der Provokation von Produktionsausfällen im Westen konnte nicht fortgeführt werden, und im Osten konnte der Streik mangels Masse nicht ausgeweitet werden. Damit war die Niederlage perfekt. Die IG Metall war nicht mehr bewegungsfähig und die Arbeitgeber wussten dies.

Das gesellschaftliche Umfeld

Die Rahmenbedingungen für diesen Streik waren sehr schwierig geworden, spätestens nach dem erfolglosen Agieren der Gewerkschaften gegen die Agenda 2010 und der Verankerung der gewerkschaftsfeindlichen Propaganda aus dem liberalen und konservativem Lager in der bürgerlichen Öffentlichkeit. Das Ansehen der IG Metall in den Betrieben ist hingegen lange nicht so schlecht, wie es jetzt einige herbeizureden suchen. Auch die Angst vor der weiteren Entwicklung der konjunkturellen Situation bringt die Belegschaften nicht automatisch in Widerspruch zur IG Metall. Die Belegschaften haben auch sehr genau registriert, dass sie im politischen Feld keinerlei nennenswerte Unterstützung mehr haben. Das Vertrauen in Politiker jedenfalls ist bereits tiefer gesunken als das Vertrauen in die IG Metall je sinken könnte.

Konsequenzen

Die aufrichtige Aufarbeitung der strategischen und taktischen Fehler ist unverzichtbar. Je nach Verlauf der Debatte ist auch die Diskussion über personelle Konsequenzen kein Tabu. Die IG Metall kann ihre Schlagkraft wieder herstellen. Tarifpolitisch, wenn sie die Erfahrungen jahrelanger erfolgreicher Streikstrategie wieder einsetzt. Politisch, wenn sie sich öffnet und den fortschrittlichen reformwilligen und alternativen Politikzusammenhängen den Zugang zur gewerkschaftlichen Diskussion um Alternativen der gesellschaftlichen Entwicklung erlaubt und diese Diskussion fördert. (brr)

Wenn Tarifverträge nicht mehr greifen – Arbeitszeit und Arbeitsinhalt

Nach dem vorläufigen Scheitern der Bemühungen der IG Metall, die 35-Stundenwoche flächendeckend auch in den ostdeutschen Tarifgebieten zu verankern, ist die Frage nach den Konsequenzen dieses Scheiterns aufgeworfen. Neben dem schon seit Wochen mehr oder weniger unverblümt durch die Vertreter des Kapitals vorgetragenen Interesse an Verfolgung und Abstrafung bestimmter ungeliebter Gewerkschaftsfunktionäre will man aus den Reihen der FDP und Unionsparteien gar die gesetzliche Aufhebung der Wirkung von Flächentarifverträgen. So hofft man offenbar, die IG Metall vernichten zu können.

Für die Mitglieder der IG Metall in den Betrieben und Betriebsräten kommt es darauf an, die Entwicklung in der Industrie in Sachen Arbeitszeit und Arbeitsinhalt aufzuarbeiten. Womöglich lässt sich aus dieser Aufarbeitung erschließen, warum die Sache in die Hose gegangen ist.

Bemerkenswert in diesem Sinne waren in diesem Frühjahr Veröffentlichungen in der Zeitschrift Metall über das Schicksal der Gruppenarbeit in der Automobilindustrie einerseits und verschiedene Aufsätze in der Aprilausgabe der Zeitschrift „Arbeitsrecht im Betrieb“ mit dem Schwerpunktthema Arbeitszeit.

Gruppenarbeit am Ende?

Danach sind die vor über zehn Jahren zunächst in der Automobilindustrie verfolgten Projekte zur Einführung von Gruppenarbeit zu einem großen Teil wieder aufgehoben worden. Rückwirkend lässt sich sagen, dass die über Gruppenarbeit, Selbstorganisation und Selbststeuerung erzielten Produktivitätsfortschritte inzwischen „einkassiert“ wurden. Nachdem das „Fertigungswissen“ von den Beschäftigten abgeschöpft worden war, nachdem aus diesem Wissen reproduzierbare Datenbestände geworden waren, die in den flexiblen Fertigungssteuerungen neuen Typs hinterlegt waren, entfiel für die Unternehmen die Notwendigkeit der Gruppenarbeit. Mit den gewonnenen Erkenntnissen ließ sich eine hochproduktive Fertigungsorganisation organisieren, die sich u.a. auch durch folgendes auszeichnet: Für Gruppenarbeit und Gruppengespräche ist nicht einmal ansatzweise Zeit vorhanden und eine erkennbare Notwendigkeit besteht nicht. Man wisse bereits, was man wissen muss. Die inzwischen anzutreffenden Arbeitsbedingungen beispielsweise bei VW verlangen eigentlich die 30-Stundenwoche in diesem Bereich, um einen Ausgleich für die Steigerung der Arbeitsintensität zu schaffen. Vereinbarungen über Erholzeiten z.B. werden wieder populär.

Das Paradoxon „Arbeiten ohne Ende“

Einen ganz und gar anderen Schwerpunkt zu dem Verhältnis der Entwicklung von Arbeitszeit und Arbeitsinhalt ver-

mittelt der Betriebsratsvorsitzende der IBM Düsseldorf in einem Bericht über die Entwicklung bei IBM, veröffentlicht in Arbeitsrecht im Betrieb 4/2003, Seite 193 ff. Dieser Bericht, wie etliche andere aus der Metallbranche, beschreiben die folgenden bekannten Phänomene: Zeitsalden der Beschäftigten laufen über, Beschäftigte stempeln aus, um dann weiterzuarbeiten, die faktischen Arbeitszeiten sind erheblich höher als die vereinbarten. Und das Paradoxe daran ist: Es sind die Beschäftigten selber, die einfach weiterarbeiten. Sie selber sind es, die Regelungen unterlaufen, die doch zu ihrem Schutz vereinbart worden sind.

Als ursächlich für diese Entwicklung hebt der Autor die Veränderungen in der Arbeitsorganisation bei IBM hervor. Das alte System der Arbeitsanweisungen ist aufgehoben. Die Vorgaben des Arbeitgebers erfolgen nur noch auf der Meta-Ebene: „Seid profitabel!“ Und „tut das, was dafür zu tun ist“. Das alte System der Zuständigkeiten oder der funktionsorientierten Arbeitsorganisation besteht nicht mehr. Als Beobachtung in einem prozessorientierten System beschreibt der Autor typisches Arbeitnehmerverhalten so: „Plötzlich läuft etwas nicht. Irgendwo stockt der Prozess. Ich als Arbeitnehmer hake nach, ich kümmere mich darum, ich improvisiere. Das ist eigentlich gar nicht meine Aufgabe, und doch tue ich es. Ich muss es nicht tun, ich könnte abwarten, ich bin ja nicht zuständig. Aber dann wäre das Ergebnis gefährdet. Also tue ich es.“

Arbeitsorganisationen dieses Typs verändern den Arbeitsinhalt gravierend. Statt einem Handlungsspielraum innerhalb bestimmter Parameter ist der Arbeitnehmer damit betraut, selber reagieren zu müssen auf unternehmerische Probleme. Die Arbeitnehmer sollen einen unternehmerischen Erfolg erreichen oder es droht ihnen ein Schaden. Solcherart Arbeitsverhältnisse gestatten den alleinigen Bezug auf Arbeitszeit als Bewertungsmaßstab nicht mehr. Hier werden Ergebnisse erwartet. Dabei wird sekundär, in welcher Zeit und wo sie erbracht werden. Regelungen über Trennung von Anwesenheits- und Arbeitszeit sowie sogenannte Vertrauensarbeitszeitregelungen sind eine Folge. Arbeitnehmer werden Zug um Zug zu „Arbeitskraft-Unternehmern“, wird womöglich eine weitere Folge.

Die Frage ist, ob unter den unterschiedlichen geschilderten Verhältnissen die gewerkschaftliche Orientierung auf eine Wochenarbeitszeitregelung für alle der Lage der Beschäftigten gerecht wird oder ob die Schutzbestimmungen des Tarifvertrages nicht anders, umfassender gestaltet werden müssen. (brr)

Quellen: Arbeitsrecht im Betrieb 4/2003, Seite 193ff, verschiedene Aufsätze von Dr. Hoff, Weidinger, Hermann, www.arbeitszeitberatung.de/arbeitszeit.htm

Hoffentlich kommt die Programmdebatte jetzt zum Ergebnis?

Gewöhnlich suchen sich in den Gremien der Parteien die politischen Probleme ihre Sprecher. Der Parteitag hat zu dem weiten Feld der anstehenden politischen Fragen nichts Neues gebracht. Also ist zu befürchten, dass nach einer kleinen Pause der neue Vorstand nach dem alten Skript weiterspielen muss. Es sei denn, irgendein Problem würde tatsächlich gelöst. Auf dem Parteitag erhielt der Antrag, den Programmdebatte nochmals zu verschieben, eine wohl nur einstellige Zahl von Stimmen. Die Partei ist entschlossen, die Programmdebatte zu einem Ergebnis zu führen. Eine Mehrheit für die wesentlichen Inhalte des vorliegenden Entwurfs ist vorhanden.

Ob das dann verabschiedete Programm die Politik der PDS in Bund, Ländern, Gemeinden und Europa tatsächlich ordnen wird, steht auf einem anderen Blatt. Aber eine Konzentration der Debatte ist auf jeden Fall gegeben. Der Vorstand Zimmer/Hiksch ist gescheitert, weil der diskursive und pluralistische Ansatz, der der Geraer Wahl zu Grunde lag, nicht praktikabel war, und er war nicht praktikabel, weil die gemeinsamen Bezugspunkte, die ein geltendes Programm liefert, fehlten. Es blieb den dort versammelten Funktionärinnen und Funktionären kaum etwas übrig, als sich auf ihre persönlichen Präferenzen zurückzubeziehen. Es kam zu einem Hauen und Stechen auf Steckenpferden.

So war in diesem Vorstand alles Mögliche möglich, sogar das Unmögliche, und in der Folge konnte nichts zustande kommen. Die Ursache für diese Situation lag aber keineswegs im Vorstand. Denn der Defekt – kein anerkanntes Programm – kann kompetent nur durch den Parteitag repariert werden. Die aus einem breiten Spektrum im Vorstand zusammen- oder besser aneinandergeratenen Funktionärinnen und Funktionäre hatten nicht wirklich die Chance, ihre programmatischen Differenzen beiseite zu stellen, irgendwie auszublenden und so zu tun, als ob die Fragen schon erledigt wären. Sie konnten weder über programmatische Fragen entscheiden (das stand ihnen nicht zu) noch auf Grundlage eines Programms sich zusammenraufen (denn das gab es nicht). – Es muss qualvoll gewesen sein; und es ist sehr schade, dass Gabriele Zimmer unter diesen unglücklichen Bedingungen nicht die Chance hatte, den von ihr vertretenen diskursiven kooperativen Ansatz von Parteiär-

beit praktisch zu machen.

Der jetzt gebildete neue Vorstand steht indessen vor einer veränderten Situation. Die mit dem Programm verbundenen Differenzen sind im Wesentlichen geklärt, wenn auch in vielen Punkten nicht durch die Kraft der Argumente, sondern in Folge von Ermattung und Schwäche von Gegenargumenten. Der Programmdebatte ist für den 25./26. Oktober angesetzt. Bis Mitte August soll eine nochmals überarbeitete Fassung des dort zur Debatte stehenden Textes zur Verfügung stehen.

Für den weiteren Verlauf wird sehr wichtig sein, dass in diesem Text auf provokante und polemische Querschüsse gegen Traditionen und Erfahrungen der sozialistischen Bewegung verzichtet wird. So ist es zum Beispiel eine Sache, dass eine Partei, die „Vielfalt der Eigentumsformen“ in ihr Programm schreibt, den von ihr akzeptierten Typen von Eigentum sozialen Sinn und Berechtigung zugeschreiben muss. Wenn dazu aber die Form einer Huldigung z.B. des Unternehmerwesens gewählt wird, regen sich die Leute auf, die den Anmaßungen kommandierender und abfordernder Unternehmen Widerstand leisten müssen. So wirft man, um ein kräftiges Wort aus dem Bereich der Bauwirtschaft an die Adresse der Programm-Texter/inn/en zu richten, mit dem Arsch um, was man mit den Händen aufgerichtet hatte.

Die PDS hat ihre Chance, wenn sie konkrete, aussichtsreiche Reformprojekte aufgreift und zu ihrer Erarbeitung beiträgt. Die Erarbeitung von Reformansätzen wird nur vorwärtskommen, wenn in der Partei die Kritik des Ist-Zustandes eine sichere Bleibe hat. Gegenwärtig sind viele Mitglieder, die vor allem Kritiken in die Partei einbringen wollen, am Zweifeln. Sie fühlen sich unterdrückt, weil die Repräsentanten der undeutlichen Reformprojekte, die – hoffentlich – mit den Beteiligungen an Landesregie-

rungen verbunden sind, sich durch Kritiken angegriffen fühlen und hart auf alle Arten von Kritik losgehen, statt besser ihre Reformziele in der Öffentlichkeit, gegenüber ihren Koalitionspartnern und in der Partei klarzustellen.

Offensichtlich kreist das strategische Denken der Partei um die Landespolitik. Hier sind die Regierungsbeteiligungen. Hier sind große politische Apparate. Das ist verständlich. Andererseits ist es irgendwie komisch, dass eine linke Reformpartei, wie es die PDS ist, nicht zur Kenntnis nimmt, wo es im Gebälk knirscht. Gerade wenn die Herrschenden auf bestimmten Gebieten nicht mehr weiterkönnen wie bisher, wär' es an der Zeit zu formulieren, was man will. Im Wandel ist das Verhältnis der Nationalstaaten zur EU, unhaltbar und im Fluss ist auch die Beziehung der Städte und Gemeinden zu Land und Bund. Noch dazu stehen mit den EU-Wahlen und den Kommunalwahlen wichtige Entscheidungen an, es würde sich als auch unter diesem Gesichtspunkt mehr Aufmerksamkeit lohnen.

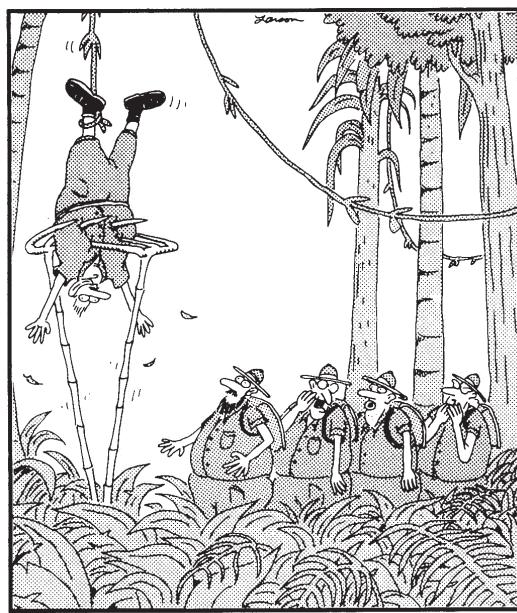
Mit Spannung wird hier gehofft, dass der neue Vorstand die Chance nutzt, die Programmdebatte sorgfältig moderiert und mit der durch die Mängel des Werkes gebotenen Rücksicht auf Kritiken zum Abschluss bringt. *maf*

Widerstand im Irak – Meinungsumschwung in den USA

Der Krieg gegen den Irak kommt die USA teurer zu stehen als erwartet

Seit US-Präsident Bush am 1. Mai die Kampfaktionen für beendet erklärte, sind ca. 70 amerikanische und britische Soldaten im Irak ums Leben gekommen. Es vergeht kein Tag ohne Überfälle auf die Besatzungstruppen, und die Häufigkeit der Angriffe nimmt nicht ab, sondern zu.

Diese Entwicklung, auf die die US-Administration augenscheinlich nicht vorbereitet war, setzt einen Umschwung in der öffentlichen Meinung in den USA in Gang. Die jüngste Umfrage für CNN weist aus, dass der Anteil derjenigen, die den Einsatz der USA im Irak skeptisch und kritisch beurteilen, sich seit Mai auf 42% verdreifacht hat.¹ Auch die Frage nach den unauffindbaren Massenvernichtungswaffen, die den Alliierten als wichtigster Kriegsgrund dienten, wird immer schärfer gestellt. Zwar konnten die Republikaner mit ihrer Mehrheit im Kongress eine ausgedehnte Untersuchung des Geheimdienstmaterials verhindern, aber inzwischen beschäftigen sich doch zwei Untersuchungsausschüsse des Kongresses mit den angeblichen



»Deshalb geh' ich nie als Erster.«



In Falludscha, einem Ort, in dem die US-Truppen vom ersten Tag an besonders brutal vorgingen und in dem der Widerstand besonders heftig ist, kamen am 1. Juli acht irakische Religionslehrer in einer Moschee ums Leben, viele andere wurden verletzt, teilweise lebensgefährlich. Augenzeugen berichten von einem Raketenangriff auf die Moschee. Am selben Tag starben drei US-Soldaten bei einem Angriff im Großraum Bagdad, zwei weitere kamen ums Leben, als sie nach einem Unfall ihres Fahrzeuges beschossen wurden.

Beweisen des Geheimdienstes, und die Demokraten kündigten eine eigene, ausführliche Untersuchung an.

In den Zeitungen werden erstmals Vergleiche mit den ersten Jahren des Vietnam-Krieges gezogen. „Das amerikanische Volk muss erfahren, was die wirklichen Absichten der Bush-Regierung sind, und man muss uns irgendwie versichern, dass wir nicht gerade ein zweites Vietnam begonnen haben“, schrieb am 28.6. das „Star-Telegramm“ aus Texas. Statt Massenvernichtungswaffen „finden wir Tod, Hass, einen Hinterhalt-Krieg, der so lange wie Vietnam dauern kann“, fürchtet der „Free-Lance-Star“ aus Virginia.² Minister Rumsfeld weist forscht zurück, was die Militärs längst zugeben – dass die Besatzungstruppen im Irak mit einem organisierten Guerillakampf konfrontiert sind. Auch der Sprecher der Republikaner im Senat, Bill Frist, korrigierte Rumsfeld: Er gehe von einem langen Krieg aus. Frist sprach sich ausdrücklich dafür aus, die Uno und die Staaten, die gegen den Krieg waren, am „Wiederaufbau“ zu beteiligen.

Die USA haben derzeit 145.000 Soldatinnen und Soldaten im Irak stationiert (dazu 10.000 britische Soldaten), mehr als auf dem Höhepunkt des Krieges. Auch ihr neuer Kommandeur rechnet inzwischen mit einer „langen und schwierigen Besetzungszeit“, von fünf Jahren ist die Rede. Noch im Mai hatte die Rumsfeld zum wiederholten Male angekündigt, die Zahl der Truppen bis Herbst auf 30.000 senken zu wollen. Stattdessen wurde die Stationierung von Truppenteilen, die im Juni hätten abgezogen werden sollen, auf unbestimmte Zeit verlängert. Zwei US-Senatoren forderten jetzt nach ihrer Rückkehr aus dem Irak einen Kurswechsel der US-Regie-

lung und den Einsatz einer internationalen Truppe – man denke „vor allem an Franzosen, Deutsche und Türken“ – unter Nato-Kommando.³ Vor einer Woche schon hatte sich der Nato-Generalsekretär Robertson für den Einsatz der Nato im Irak ausgesprochen. Auf einer Tagung in Berlin sagte er: „Wenn die Nato die beste militärische Organisation in der Welt ist, können wir es uns leisten, sie nicht im Nachkriegs-Irak einzusetzen.“⁴ Die Türkei hat mittlerweile frühere Beschlüsse offen revidiert. Sie stellt den USA und ihren Alliierten Stützpunkte zur Verfügung und gestattet ihnen die Nutzung von Häfen und Grenzübergängen für den Transport von Truppen und Gerät – „für humanitäre Hilfe“, wie es heißt.⁵

Die USA haben bisher keines ihrer Kriegsziele auch nur annähernd erreicht. Von einer Befriedung des Irak sind sie weit entfernt. Neben den Angriffen auf

ihre Truppen nehmen vor allem auch Sabotageakte zu. Immer wieder unterbrechen Explosionen die Energieversorgung, brennen Ölquellen und Förderanlagen. Bis jetzt ist es der Besatzungsmacht aufgrund von Sabotage und bewaffnetem Widerstand nicht gelungen, irakisches Öl zu exportieren.

Ihre Unfähigkeit und ihr Unwillen, die Plünderungs- und Zerstörungswelle zu verhindern, haben früh auch die Teile der irakischen Bevölkerung gegen sie aufgebracht, die in der Diktatur Saddams ein schlimmeres Unheil sahen als in Krieg und Besatzung. Bis heute ist sie nicht imstande, in Bagdad und anderen Städten die Grundversorgung der Bevölkerung und ihre Sicherheit zu gewährleisten. Die Entscheidung, die irakischen Streitkräfte per Federstrich aufzulösen, treiben ebenso wie die Politik, alle öffentlichen Funktionen und Führungsämter in allen Bereichen von ehemaligen Baath-Mitgliedern zu säubern, ungeachtet ihres persönlichen Verhaltens, zahllose Menschen in die Verzweiflung und führen dem bewaffneten Widerstand gegen die Besatzung ständig neue Kräfte zu. Mit der Ankündigung, den Staatsbetrieben schnell den Geldhahn zuzudrehen, um die Entstehung des privaten Sektors voranzutreiben, stellte die US-Administration nur unter Beweis, dass sie den internationalen agierenden Konzernen eine fette Beute verschaffen will, aber kein Konzept für den Wiederaufbau und die wirtschaftliche Entwicklung des Irak hat noch daran interessiert. Die Kom-

„USA und EU: Zusammen gegen Iran und Nordkorea“

So wertete schon in der Überschrift etwa die Neue Osnabrücker Zeitung am 26.6. eines der Ergebnisse des Gipfeltreffens von USA und EU am Vortage. Man wolle noch intensiver zusammenarbeiten, um die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen zu verhindern. „Die EU und die USA seien sich einig, dass den Herausforderungen durch Nordkorea und den Iran begegnet werden müsse.“

Tatsächlich ist die EU dabei, eine neue Sicherheitsdoktrin zu entwerfen, die – ähnlich wie die Bush-Doktrin – weltweiten Interventionismus und den Präventivkrieg einschließt. Beim EU-Gipfel in Thessaloniki verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs am 20. Juni einstimmig ein entsprechendes Strategiepapier, das der Hohe Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Solana, zwei Tage vorher vorgelegt hatte und dem die Staats- und Regierungschefs einhellig zustimmten. Bis zum Herbst soll es weiter ausgearbeitet und dann wohl auch als gültige Militärstrategie verabschiedet werden.

In dem Papier werden als „neue Be-

drohungen“ der internationale Terrorismus, „gescheiterte Staaten“ und organisierte Kriminalität ausgemacht. Da die „neuen terroristischen Bewegungen gewillt zu sein (scheinen), unbegrenzte Gewalt anzuwenden“, sei es für sie reizvoll, „in den Besitz von Massenvernichtungswaffen zu gelangen“. Deshalb sei der Kampf gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen von besonderer Bedeutung. Ausdrücklich wird in diesem Zusammenhang Nordkorea als Quelle neuer Bedrohung genannt. Aus der „Bedrohungsanalyse“ schlussfolgert das Strategiepapier u.a.: „Daher müssen wir bereit sein, vor dem Ausbrechen einer Krise zu handeln. Konflikten und Bedrohungen kann nicht früh genug vorbeugt werden. (...) Zur Bekämpfung des Terrorismus kann ein Mix aus Aufklärungsarbeit sowie politischen, militärischen und sonstigen Mitteln erforderlich sein. In ‚gescheiterten‘ Staaten können militärische Mittel zur Wiederherstellung der Ordnung und humanitäre Mittel zur Bewältigung der unmittelbaren Krise erforderlich sein.“

Solana fordert als Konsequenz u.a., dass die Mitgliedsländer die Mittel für die „Verteidigung“ aufstocken.

scc

mentatoren US-amerikanischer und internationaler Medien beklagen „Konzeptlosigkeit“ und einen „Zickzack-Kurs“ auf allen Gebieten. Nachdem die Besatzungsmacht ihre Verwaltung zunächst auf zweifelhafte Exil-Iraker ohne Basis im Irak stützen wollte, hat sie die von ihr ausgeholteten Organisationen inzwischen zumindest teilweise fallen lassen. Erst wollte sie die irakische „Übergangsbehörde“ wählen lassen, jetzt will sie sie einsetzen. Erst bereitete sie an verschiedenen Orten Lokalwahlen vor, dann setzte sie sie kurzfristig aus ... Ihr brutales Vorgehen gegen Demonstrationen – immer wieder kommt es vor, dass US-Truppen blindwütig in Demonstrationen schießen und dabei viele Menschen töten – verstärken Zorn und Hass. Auch großangelegte Militäroperationen gegen die Guerilla mit zahlreichen Toten und Hunderten willkürlich Verhafteter bringen große Bevölkerungsteile immer mehr auf und führen dazu, dass sich die verschiedenen Gruppen bewaffneter Kräfte – arbeitslose Soldaten, entlassene Baath-Mitglieder, islamistische Fundamentalisten, sog. Stammeskrieger – eng koordinieren.⁶

Bisher konzentrieren sich die Angriffe und Überfälle auf die US-Truppen auf den Zentralirak. Doch auch in den mehrheitlich von Schiiten bewohnten Gebieten im Süden nehmen Unruhe und Widerstand in dem Maße zu, wie die Besatzungsmächte in die von der schiitischen Geistlichkeit kontrollierte Verwaltung eingreifen, Bürgermeister absetzen, Lokalräte auflösen, Ortschaften durchsuchen usw. Selbst in den kurdischen Gebieten wächst die Unzufriedenheit. Nechirvan Barsani, der Regierungschef der kurdischen Hauptstadt Erbil, spricht von der schlimmsten finanziellen Not, die der Nordirak je durchgemacht habe. Der türkisch-irakische Grenzhandel ist faktisch zum Erliegen gekommen: Damit fielen auch die Zolleinnahmen weg, aus denen die kurdische Autonomieverwaltung ihre Beamten und Peschmerga bezahlte. Zugleich versiegten die Einnahmen aus dem eingestellten UN-Programm „Öl für Nahrungsmittel“ – 13% der Einnahmen dieses Programms wurden früher an die kurdischen Gebiete ausgezahlt. 4 Mrd. Dollar, die für Infrastrukturprojekte vorgesehen waren, sind nach kurdischen Schätzungen bisher nicht ausgegeben. Sie werden nun umgewidmet und fallen damit für die geplanten Infrastrukturmaßnahmen weg. *Die Neue Zürcher* berichtet, dass die Frage immer lauter werde, ob die Kurden einmal mehr von ihren amerikanischen Alliierten fallengelassen werden.⁷

scc

1 NZZ, 1.7.

2 Nach: Financial Times Deutschland, 30.6.

3 Augsburger Zeitung, 1.7.

4 Nach: www.friedensratschlag.de Chronik eines angekündigten Krieges, 24. Juni

5 NZZ, 26.6.

6 siehe z.B. NZZ, 18.6.

7 NZZ, 19.6.

Friedensvolksbegehren

Österreich: Volksbegehren für Friedenspolitik durch aktive Neutralität statt NATO-Anbindung und Beteiligung an einer EU-Armee

Bei der Bundesweiten Friedenskonferenz am 5. April 2003 in Graz wurde die Einleitung eines Friedensvolksbegehrens beschlossen. Im Mai 2003 startete das Sammeln von Unterstützungserklärungen. Für die Einleitung des Friedensvolksbegehrens müssen mindestens 8.032 Unterstützungen gesammelt werden.

Der Text des Friedensvolksbegehrens lautet:

- Wir beantragen gesetzliche Maßnahmen, mit denen die Bundesregierung zu einer Friedenspolitik im Sinne folgender Zielstellungen verpflichtet wird:
- Die Republik Österreich bekennt sich im Sinne des Bundesverfassungsgesetzes über die Neutralität Österreichs BGBI 1955/211 zu einer aktiven Neutralitätspolitik. In diesem Sinne orientiert sich die Außen- und Sicherheitspolitik an den Prinzipien des Dialogs, der Konfliktvermeidung, der friedlichen Konfliktregelung und der internationalen Solidarität.
 - Die Republik Österreich darf keine SoldatInnen, keine Waffen, keinen Euro für eine EU-Armee bereitstellen. Sämtliche Zusagen der Bundesregierung in diesem Zusammenhang werden widerrufen. Die Republik Österreich wird keine militärische Beistandsverpflichtung in der Europäischen Union eingehen. Der Nationalrat streicht den neutralitätswidrigen Artikel 23f B-VG aus der Verfassung.
 - Die Republik Österreich beendet die Beteiligung an der „NATO-Partnerschaft für den Frieden“ und wird auch der NATO nicht beitreten. Sämtliche gesetzliche und verwaltungsrechtliche Bestimmungen in diesem Zusammenhang werden außer Kraft gesetzt.
 - Alle Vorhaben, das Bundesheer in Richtung Angriffsfähigkeit umzurüsten, und die dazugehörenden Aufrüstungspläne (Kampfjets, Großraumtransporter, etc.) werden gestoppt und jegliche Vorbereitungshandlungen rückgängig gemacht. Wir fordern soziale Sicherheit statt Aufrüstung.

EU-Verfassungsentwurf treibt die Entwicklung der EU zu einem aggressiven Militärblock voran

- **InitiatorInnen des Friedensvolksbegehrens protestieren schärfstens gegen sicherheitspolitischen Teil des Entwurfes für eine EU-Verfassung**
- **Alle Vertreter Österreichs im EU-Konvent unterstützen EU-Militarisierung**
- **Friedensvolksbegehren jetzt wichtiger denn je**

Der nun vom EU-Konvent beschlossene Entwurf für eine EU-Verfassung stellt einen Meilenstein bei der Entwicklung der EU zu einem aggressiven Militärblock dar:

Die vorgeschlagene EU-Verfassung beinhaltet unter anderem

- eine Aufrüstungsverpflichtung für alle Mitgliedstaaten. („Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern.“) Es wird ein Europäisches Amt für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten eingerichtet, das die Aufrüstung ankurbelt, „bei der Ermittlung der Ziele im Bereich der militärischen Fähigkeiten der Mitgliedstaaten mitwirkt“ und die Rüstungsanstrengungen der EU-Mitglieder überwacht.
- eine globale militärische Interventionsermächtigung für die EU-Streitkräfte („Kampfeinsätze im Rahmen der Krisenbewältigung“). Unter dem Deckmantel „Terrorismusbekämpfung“ sollen die EU-Streitkräfte zur Aufstandsbekämpfung in anderen Weltregionen eingesetzt werden. („Unterstützung für Drittstaaten bei der Bekämpfung des Terrorismus in ihrem Hoheitsgebiet.“)
- eine militärische Beistandsverpflichtung im Fall der „Terrorismusbekämpfung“

fung“. Im Unterschied zu einer Beistandsverpflichtung im Falle des Angriffes auf einen EU-Mitgliedstaat kann diese Beistandsklausel auch den Beistand bei offensiven Militäraktionen einfordern.

• die Herausbildung eines militarisierten „Kerneuropas“ von Staaten, die „anspruchsvolle Kriterien in Bezug auf die militärischen Fähigkeiten erfüllen“.

Auch die imperialen Absichten, die hinter der globalen Interventionsermächtigung und den Aufrüstungsbestrebungen stehen, finden sich im Verfassungsentwurf. Die EU-Außen- und Sicherheitspolitik dient unter anderem dem „Abbau von Beschränkungen des internationalen Handels“. Die EU-Streitkräfte sollen also in Zukunft jene militärisch zur Räson bringen, die nicht bereit sind, z.B. im Rahmen von GATS ihre Absatz-, Rohstoff- und Kapitalmärkte den EU-Konzernen zu öffnen. Eine Bindung von Militärinterventionen an Beschlüsse des UNO-Sicherheitsrates ist nicht vorgesehen.

Österreichs Vertreter im EU-Konvent verfassungswidrig

Die österreichischen EU-Konventsmitglieder aller vier Parlamentsparteien ha-

ben diesem Verfassungsentwurf zugesimmt. Wir, die InitiatorInnen für ein Friedensvolksbegehren, protestieren aufs Schärfste gegen das Abstimmungsverhalten der vier österreichischen Vertreter im EU-Konvent – Caspar Einem (SPÖ), Hannes Farnleitner (ÖVP), Reinhard Bösch (FPÖ), Johannes Voggenhuber (Grüne) – die einem militärischen Aufrüstungsentwurf zugestimmt haben. Sie haben sich mit ihrem Abstimmungsverhalten eindeutig gegen die Prinzipien der österreichischen Neutralität ausgesprochen, und da sie sich verfassungswidrig verhalten haben, fordern wir sie auf, als Vertreter im EU-Konvent zurückzutreten.

Friedensvolksbegehren: Solidarität mit den Ländern des Südens statt Mittmarschieren bei Großmachtarmeen

Für die Plattform Neutralität statt Euro-Armee bestätigt das, dass das Friedensvolksbegehren jetzt wichtiger denn je ist. Wir dürfen nicht auf das politische Establishment vertrauen, sondern brauchen eine Basisbewegung für ein friedliches, neutrales und weltoffenes Österreich. Wir treten ein für eine aktive Abrüstungspolitik und nicht für die Aufrüstung einer EU-Armee, in der Österreich seine Neutralität über Bord wirft. Die Welt wird nicht sicherer, wenn zur US-Militärmacht eine zweite gefährliche EU-Militärmacht hinzukommt, die um die Vorherrschaft in der Welt kämpfen. Wir treten ein für soziale Sicherheit statt Milliarden für neues Kriegsgerät. Wir wollen ein Österreich, das solidarisch mit den Ländern des Südens ist, statt bei den Großmachtarmeen von EU und NATO mitzumarschieren, die diese Länder ins Visier nehmen.

Wir laden alle Medienorgane ein, über diesen folgenschweren militärischen Teil des EU-Verfassungsentwurfes und über die Einleitung des Friedensvolksbegehrens zu berichten und ihren Teil beizutragen, damit eine öffentliche Diskussion darüber geführt wird.

Quelle: www.friedensvolksbegehren.at

Türkei

Heftige Auseinandersetzungen um die kurdische Frage

In Ankara demonstrierten am 29.6. etwa 10.000 Frauen unter dem Motto „Frieden – Jetzt sofort“. Anlass war die immer schärfster werdende Auseinandersetzung um den Weg der Türkei in der Kurdenfrage und der Demokratisierung der türkischen Gesellschaft. Kommentare von CNN Turk und verschiedenen Zeitungen bewerten, dass es im Kern um eine Generalamnestie und die gesetzliche Anerkennung der kurdischen Realität oder den Beginn einer neuen Periode bewaffneter Auseinandersetzung geht.

Die AKP-Regierung legte in den letzten Wochen Gesetzesvorhaben im Rahmen der EU-Anpassung vor, die die Macht der Militärs beschränken, den Separatismus-Strafbestand weiter einschränken und die Zulassung privater kurdischer TV- und Radioanstalten vorbereiten sollen. Aber in der Frage der Generalamnestie verließ die Regierung der Mut in der Auseinandersetzung mit den Militärs. Es ist wieder nur ein „Reuegesetz“, wonach der Staat den kurdischen Kämpfern, die ihre Taten bereuen, ihre Waffen niederlegen und den Sicherheitskräften Informationen über die Organisationsstrukturen der Kadek (ehemals PKK) geben „verzeihen“ soll. Führende Kader sollen nicht in den Genuss des Gesetzes kommen. Vor der AKP-Parlamentsfraktion gestand Ministerpräsident Erdogan ein, dass die AKP zwar die Regierung stelle, aber die Macht bisher die „Militäroligarchie“ ausübe.

Militär- und Polizeikräfte begannen nach der Irakinvasion der USA großangelegte Operationen gegen die KADEK-Kräfte in der Türkei und im nordirakischen Grenzgebiet. Mit Verhaftungen und Angriffen auf Dehap- und IHD-Mitglieder mit Folter bis hin zur Vergewaltigung gehen die Sicherheitskräfte gegen die Friedens- und Generalamnestiekampagne vor. Das Militär hatte wohl gehofft, sich so des Problems der kurdischen Freiheitsbewegung zumindest in der Türkei entledigen zu können.

Ende Juni ordnete nun die US-Militärverwaltung die Niederlegung aller schweren Waffen der Milizen im Nordirak an, ausgenommen PUK und KDP. Unter diese Forderung sollen auch die Kräfte der Kadek fallen. Gleichzeitig forderte das Rumsfeld von der Türkei, ihre mehrere 1.000 Mann starken Truppen aus dem Nordirak abzuziehen.

Murat Karayilan vom Kadek-Präsidentrat kritisierte die Militäroperationen und das geplante Reuegesetz scharf: „Da aufgrund der Entwicklungen im Mittleren Osten das Thema Kurdistan in den Vordergrund gerückt sei, sei der türkische Staat in Panik geraten und suche mit Kriegspolitik nach einer Lösung. Falls von dieser Politik nicht abgesehen werde, werde es zum Krieg kommen ... Das ‚Reuegesetz‘, dessen Einzelheiten am Tag zuvor veröffentlicht wurden, komme einer Kriegserklärung gleich ... Die AKP versuche, unter Opferung der Kurden zu zeigen, dass sie der gleichen Linie wie das Militär folge. Der türkische Staat habe ein neues Kriegskonzept entworfen, innerhalb dessen auch von den Nachbarländern Unterstützung erhofft werde.“ (*Özgür Politika*, 29.6.03)

Der Kadek-Präsidentrat stellte Forderungen für ein „Gesetz für gesellschaftlichen Frieden“ auf: „Die Verleugnung kurdischer Identität muss aus der Verfassung und Gesetzgebung verschwinden. Die kurdische Identität muss gesetzlich anerkannt und respektiert werden. Alle Verbote des Gebrauchs und der

Entwicklung von kurdischer Sprache und Kultur müssen aufgehoben werden. In der Grundschule muss das Recht auf kurdischen Unterricht gewährleistet werden. Die Tatsache, dass Türkisch die offizielle Sprache der Türkei ist, sollte dabei nicht als Hindernis betrachtet werden. Kurdische Veröffentlichungen in Radio, TV und Presse sollten keiner weiteren Beschränkung unterliegen als andere Veröffentlichungen auch. Die Befugnisse regionaler Regierungsstrukturen müssen erweitert werden. Insbesondere Dienste wie Gesundheit und Kultur müssen der Region überlassen werden, um demokratische Strukturen zu vertiefen. Jede politische Betätigung, die keine Gewalt anwendet und die politische Gesamtheit der Türkei nicht gefährdet, darf keiner Beschränkung unterliegen. Für einen gesamtgesellschaftlichen Frieden müssen die Gefangenen einschließlich unseres Vorsitzenden, die bewaffneten Guerillakräfte und die im Exil lebende Bevölkerung alle politischen und sozialen Rechte zugesprochen bekommen ... Für einen wirtschaftlichen Aufschwung müssen die sozialen Probleme mit einem Sonderprogramm gelöst werden. Die materiellen und ideellen Schäden auf allen Gebieten müssen wieder gut gemacht werden und mit juristischen, sozialen und wirtschaftlichen Maßnahmen die Wunden geschlossen werden.“ (*DIHA*, 26.6.03)

Der Dehap-Vorsitzende Bakirhan kündigte einen Vermittlungsversuch an: „Der Friedensprozess dauert seit vier Jahren an. Im Rahmen der EU-Mitgliedschaft gibt es demokratische Bemühungen. Wenn in dieser Phase wirklich an eine Türkei gedacht wird, die Mitglied in der EU ist, dann müssen die Kadek-Kräfte, die im Ausland im Exil lebenden Menschen und die Tausenden von Menschen in den Gefängnissen in demokratischer Form in diesen Prozess einbezogen werden.“ Die Dehap wolle zwischen Staat und Kadek vermitteln. „Dafür werden wir zunächst mit Vertretern politischer Parteien, zivilgesellschaftlicher Organisationen und Intellektuellen sprechen. Gemeinsam mit denjenigen, die unsere Vermittlerrolle unterstützen, werden wir eine Delegation zusammenstellen und mit Kadek-Vertretern zusammentreffen.“ (*Özgür Politika*, 25.6.)

Verschiedene US-Institute und Mittelost-Fachzeitschriften befürchten, dass das Militär in der Türkei wieder putschen könnte, sollte die AKP-Regierung mit ihren Reformen über das oben beschriebene Maß hinausgehen. Die politische und gesellschaftliche Auseinandersetzung in der Türkei scheint sich dem Punkt zu nähern, an dem gesellschaftliche Reformierung kontra Militärmacht über die Kurdenfrage zur Entscheidung kommt. Es ist wieder bitter an der Zeit, dass europäische und deutsche Institutionen und Kräfte das Ringen der kurdischen Bewegung um Frieden unterstützen.

rub

Gemeinsame Aktionsgruppe für einen israelisch-palästinensischen Frieden gegründet

Rund 200 israelische und palästinensische Friedensaktivisten, Personen des öffentlichen Lebens und Intellektuelle trafen sich am 28. Juni in Ramallah auf der Westbank zur Gründungskonferenz der „Gemeinsamen Aktionsgruppe für einen Israelisch-Palästinensischen Frieden“. Um dorthin zu gelangen, mussten die israelischen Teilnehmer ihren Weg durch die Straßensperren der Armee an den Zugängen nach Ramallah finden. Nachdem sich einige Israelis unter die palästinensischen Fußgänger am Kalandia-Check-



pointgemischt hatten, blockierten Soldaten den Zugang. Die übrigen Aktivisten reisten jedoch über abgelegene Nebenstrassen und gelangten schließlich zur Konferenzhalle. Ein paar Stunden später, als sie die Stadt verließen, schrieben Soldaten bei Kalandia akribisch Namen und Ausweisnummern auf, wobei sie den Israelis auf ihrem Heimweg mit Strafverfolgung wegen Nichtbeachtung eines militärischen Befehls – dem drei Jahre alten Befehl, den Israelis den Zugang in die palästinensischen Städte („Area A“) verbietet – drohten. Ungeachtet der Schikanen fand die Konferenz statt (Bilder). Sie verabschiedete u.a. folgende Erklärung:

„Wir begrüßen die wachsende Bewegung in Richtung einer Hudna (Waffenruhe) und der Chance des Brechens des Kreislauf von Gewalt, Blutvergießen und Tötungen von unschuldigen Israelis und Palästinensern – aber ein Waffenstillstand kann nicht mehr sein als ein Schritt in die richtige Richtung. Ein stabiler und dauerhafter Friede kann nicht erreicht werden, ohne dass der Okkupation welche die Wurzel für den Hass und das Blutvergießen ist, ein völliges Ende bereitet wird. Man kann sich nicht darauf verlassen, dass Parteiführer, Politiker und Diplomaten allein die Arbeit leisten

können. Es bedarf eines täglichen Kampfes für Frieden, eines Kampfes an der Basis, eines gemeinsamen Kampfes von engagierten Staatsbürgern auf beiden Seiten, die gemeinsam handeln.“

Im Vorfeld hatten mehr als 1000 Menschen einen Text für eine Alternative zur Politik von Okkupation und Blutvergießen und für die Anerkennung der Sichtweise der jeweils anderen Seite unterzeichnet. (Quelle: www.friedensforum-duisburg.de/gushshalom/gs030629.htm)

Kein Friede im Kosovo

Serbien-Montenegro hat eine „niederschmetternde Bilanz“ der UNO-Mission im Kosovo gezogen. Seit Beginn der Mission seien 6.391 Überfälle auf Kosovo-Serben registriert worden, so der Leiter der Rechtsabteilung des Belgrader Koordinierungsausschusses für das Kosovo. Demnach wurden 1.194 Menschen getötet und 1.305 verletzt. Im selben Zeitraum seien 1.138 Kosovo-Serben entführt worden; 155 der Entführten wurden getötet, 95 befreit, 13 gelang die Flucht, das Schicksal der übrigen ist unbekannt. Die UNMIK-Angaben, wonach in den letzten vier Jahren zwischen 3.000 und 4.000 geflüchtete Kosovo-Serben zurückgekehrt seien, bezeichnete der Anwalt als Fiktion. Der Koordinierungsausschuss habe lediglich die Rückkehr von 164 Personen registriert. (Quelle: *Der Standard*, 12.6.)

Europarat kritisiert ungarisches Statusgesetz

Auch das zum dritten Mal modifizierte Statusgesetz, mit dem Ungarn die Unterstützung ungarischer Minderheiten in seinen Nachbarländern regelt – wir berichteten –, stieß auf die Kritik des Europarats. Anders als EU-Kommissar Verheugen, der sich zufrieden gab mit den Änderungen, äußerte der sog. Jürgens-Bericht des Europarats Kritik sowohl am Verfahren wie am Inhalt des Gesetzes. Wie schon bei den ersten Gesetzesvorlagen habe die ungarische Regierung auch bei der dritten Modifizierung die Nachbarländer nicht konsultiert. Außerdem kritisierte Jürgens den so genannten Ungarn-Ausweis, der Ungarn an Angehörige der Minderheiten ausgibt: Er sehe mit der Krone auf dem Deckblatt einem Reisepass täuschend ähnlich. Die Regierung der Slowakischen Republik äußerte ebenfalls scharfe Kritik, weil das Gesetz nach wie vor Elemente der ethnischen Diskriminierung enthalte. Die Slowakei werde kein Abkommen mit Ungarn zum Vollzug des Gesetzes abschließen. (Quelle: DW 26. bzw. 30.6.)

Polnische Rentenversicherung vor dem Ruin?

Die Verschuldung der Rentenversicherungsanstalt ZUS hat inzwischen die Marke von 21 Mrd. Zloty, das sind ca. 5,25

Mrd. Euro, überschritten. Trotz staatlicher Subventionen fehlt das Geld für die laufenden Ausgaben. Um die Renten auszahlen zu können, ist ZUS gezwungen, Kredite bei kommerziellen Geldinstituten aufzunehmen. Einer der Gründe für die rasant wachsenden Schulden sind ausstehende Beiträge in Höhe von vermuteten 2,1 Mrd. Euro. Genau weiß allerdings niemand, welche Betriebe wie viel Geld schulden, da das installierte Computersystem immer noch nicht richtig funktioniert. Zu den größten Schuldern gehören Bergwerke, Hütten und die Polnische Eisenbahn, die allesamt als ziemlich zahlungsunfähig gelten. (Quelle: DW, *Super Express*, 23.6.)

EU-Gipfel: Mehr Geld für Abwehr von Flüchtlingen

Einheitliches Visasystem mit gemeinsamer EU-Datenbank, 250 Mio. Euro für Rückführungsabkommen mit „Drittstaaten“ und 140 Mio. für eine bessere Verwaltung der EU-Außengrenzen: Die EU-Staats- und Regierungschefs haben sich bei ihrem Gipfeltreffen im griechischen Porto Karras auf neue Schritte bei der Flüchtlingsabwehr geeinigt. Zentrale Transitcamps für AsylwerberInnen, wie vorher diskutiert, wird die EU vorerst nicht anlegen: Großbritannien zog seinen Vorstoß zurück. Das Camp im kroatischen Trstenik wird also vorerst nicht zum Internierungslager für AsylwerberInnen aus Großbritannien umgebaut. Nach Angaben kroatischer antirassistischer Gruppen wird in Trstenik zur Zeit ein Camp für Flüchtlinge in Kroatien gebaut. Der britische Premierminister Tony Blair zog seinen Vorschlag, andere EU-Länder für zentralisierte Transitcamps zur Bearbeitung von Asylanträgen zu gewinnen, zu Beginn des Gipfeltreffens zurück. Vor allem die schwedische Regierung hatte sich dem Vorhaben heftig widersetzt: „Ideen, besondere Zonen außerhalb der EU einzurichten, befürworten wir nicht. Nicht mit EU-Unterstützung, nicht mit EU-Geld“, betonte Premier Göran Persson.

Großbritannien nun ohne EU-Hilfe Pläne für ein Pilotprojekt eines besonderen Transitzentrums weiterverfolgen. Auch Dänemark, die Niederlande und Österreich wollen daran mitarbeiten. Außenministerin Benita Ferrero-Waldner schloss sich dem britischen Vorschlag positiv an und sprach in austrofaschistischer Diktion von „Anhaltelagern“, deren Errichtung als durchaus positiv zu beurteilen wäre. Zur Erinnerung: „Anhaltelager“ wurden von der austrofaschistischen Regierung unter Engelbert Dollfuß eingerichtet, in die illegale Nazis, KommunistInnen und SozialdemokratInnen kamen. Zuweilen reichte für eine Einweisung schon, dass Menschen zu ihrer Gesinnung standen. (Quelle: <http://www.no-racism.net/> – Österreich) Zusammenstellung: scc

BERLIN. Gegen Lohnbetrug auf einer Großbaustelle der Wohnungsbaugesellschaft Mitte (WBM) protestierten am 11. Juni die Brandenburger Flüchtlingsinitiative und die antirassistische Gruppe Elixir-A. Hintergrund ist ein Fall von 19 Menschen afrikanischer Herkunft, die als Bauarbeiter auf einer großen Baustelle am Alex (Rathauspassagen) gearbeitet haben und denen zwei Monate Lohn vor- enthalten wird. Als Ergebnis der Demonstration kam es zu einer Einigung zwischen der WBM und den veranstaltenden Gruppen. In einer schriftlichen Erklärung verpflichtete sich die WBM, die Auszahlung der bisher verweigerten Lohnsumme in Höhe von 13.500 Euro durch ihr Subunternehmen sicherzustellen. Die beteiligten Gruppen sehen dies als Erfolg in zweierlei Hinsicht: Erstens übernimmt die WBM als Generalübernehmer der Baustelle die politische Verantwortung für die Arbeitsbedingungen auf dieser Baustelle. Zweitens wurde in einer Klausel festgehalten, dass sich die WBM auch in weiteren Fällen, wenn diese bekannt und dokumentiert werden können, um die Durchsetzung der Lohnansprüche bemühen wird. Kontakt: Flüchtlingsinitiative Brandenburg (FIB) und Elixir-A c/o ARI, Yorckstrasse 59, 10965 Berlin www.umbruch-bildarchiv.de/willkomm1.html



Vom 13. Juli bis 1. September 2003 zieht Friedenskonvoi durch Europa

BERLIN. Vom 13. Juli bis 1. September 2003 wollen sich engagierte Menschen auf den Weg von Lissabon bis Moskau machen und so mit einem Friedenskonvoi ein Band des Friedens durch Europa ziehen. Ihren Ausgangspunkt hat diese Idee unter anderem bei der Mahnwache/dem Friedenscamp vor der US-Botschaft in Berlin „Unter den Linden“, genommen. Die Initiatoren bitten um Unterstützung: „Wir werden mit Fahrzeugen unterschiedlicher Größe von Stadt zu Stadt reisen und Zusammenkünfte bzw. Friedensfeste veranstalten. Speziell wollen wir dabei versuchen, mit den Kindern aller Etappenorte in spielerischen Kontakt zu treten, denn sie sind die Zukunft des Weltfriedens. So sollen in unseren Stationen unterwegs Kontakte zwischen Menschen unterschiedlichster Herkunft entstehen, um Toleranz und Friedfertigkeit offensiv zu leben. Genaue Informationen über Reiseroute, Ankünfte und Abfahrten erhalten Sie unter der Adresse www.Friedenskonvoi.org.“

Verbindungen kappen!

RIESSEN, MARBURG. Anlässlich des 150. Stiftungsfestes der Burschenschaft Dresdensia-Rugia, u.a. Behausung des JN-Bundesvorsitzenden Stefan Rochow, fand am 28.6.2003 eine Demonstration gegen das schwarz-braune Burschenschafts-Milieu in Gießen statt. Laut Zählungen waren rund 100 Personen gekommen. Kurz nach Beginn der Mobilisierungen für die Demo hatten die Korporen auf ihrer Homepage angekündigt, das Fest zu verschieben, was sie dann auch tatsächlich taten. Die beteiligten Gruppen mobilisieren nun zusätzlich gegen die verlegte Feier und rufen für Samstag, den 12.7.03, nach Gießen auf.

Das Projekt „Konservatismus und Wissenschaft“ veranstaltet gemeinsam mit der Gruppe dissident und dem „Bündnis gegen Rechts Marburg“ sowie mit Unterstützung der Arbeitsgemeinschaft für gewerkschaftliche Fragen des ASTA der Universität Marburg und des Collegium Gentium (CG) am 5. Juli 2003 in der Marburger Uni eine Tagung über die aktuellen Trends und Entwicklungen der studentischen Verbindungen sowie über ihre Funktion und Bedeutung in Hochschule und Gesellschaft. <http://de.indymedia.org> und www.p-kw.de

5. Antirassistisches No-Border-Grenzcamp vom 31.7. bis 10.8. in Köln

KÖLN. Am Anfang des diesjährigen Grenzcamps wird erstmals ein dreitägiges Auftaktforum unter dem Titel „Antirassismus ausbuchstabiert“ stehen. In Workshops, Vorträgen, Plenumsdiskussionen, etc. kann in die Schwerpunkte des diesjährigen Grenzcamps eingetaucht

werden. Außerdem soll eine prinzipielle Debatte darüber erfolgen, welche politische und strategische Bedeutung Antirassismus hat. Erst im Anschluss geht's auf die Straße gehen, soll öffentlichkeitswirksam und gezielt interveniert und natürlich auch die eine oder andere Veränderung errungen werden.

Die Schwerpunkte sind: Kontrolle und Überwachung; Arbeit und Verwertung; Abschiebung und Abschreckung. Geplant sind lokale Aktionen zur IOM-Zentrale in Bonn/Bad Godesberg (allein im Jahr 2000 hat es 76.000 IOM-vermittelte „Rückführungen“ von MigrantInnen aus der BRD gegeben) und zum Ausländerzentralregister in Köln, zur Kürzung des Besuchsprogramms für ehemalige ZwangsarbeiterInnen durch die schwarz-grüne Kölner Stadtregierung, zu den Abschiebeflughäfen Düsseldorf und Köln/Bonn sowie zum Frauenabschiebeknast Neuss. Die Stadt Köln wird aufgefordert, aus der „Abschreckungspolitik“ auszusteigen.

Das Grenzcamp begreift sich als offener Ort. Ob beim Auftaktforum oder auf dem Camp: Debatten um die bestmögliche Verknüpfung der verschiedenen Strategien, Schwerpunktsetzungen und Selbstverständnisse sind ausdrücklich erwünscht! www.nadir.org/nadir/kampagnen/camp03/index2.html

Bleiberecht für Roma!

Out of control!

Für globale Bewegungsfreiheit!
Verwertungslogik und
rassistische Ausgrenzung angreifen!

6. Antirassistisches No-Border Grenzcamp
vom 31.7. bis 10.8. 2003 in Köln
Auftaktforum vom 31.7 bis 3.8. 2003

Informationen unter: www.nadir.org/camp03

HANNOVER. Trotz des zwischen dem Bundesinnenministerium und der UN-MIK ausgehandelten „memorandum of understanding“, das einen weitgehenden Abschiebungsschutz für die meisten Minderheitenangehörigen aus dem Kosovo vorsieht, werden betroffene Flüchtlinge in Niedersachsen massiv mit Abschiebung bedroht und unter Druck gesetzt, das Land „freiwillig“ zu verlassen. Der Niedersächsische Flüchtlingsrat

protestiert gegen diese Vertreibungspolitik und fordert die Landesregierung auf, die politische Initiative für ein Bleiberecht der ethnischen Minderheiten aus dem Kosovo zu ergreifen.

Eine Reihe von Ausländerbehörden scheint die Vereinbarung als Freibrief zu verstehen, alle Minderheitenangehörigen pauschal mit Abschiebung zu bedrohen und die Betroffenen unter Druck zu setzen. So wurde beispielsweise die Roma-Angehörige T. aus Schöningen (Landkreis Helmstedt) von der Ausländerbehörde schriftlich davon in Kenntnis gesetzt, „dass Ihre Rückführung in Ihr Heimatland für die nächste Zeit vorgesehen ist“. Der herzkranken Ashkali-Angehörigen U. aus dem Landkreis Hannover schrieb die Ausländerbehörde: „Die zwangsweise Rückführung ... ist nun bei nicht freiwilliger Ausreise umzusetzen.“ Finanziell werden die Betroffenen oft durch rechtswidrige Leistungskürzungen unter Druck gesetzt, doch besser „freiwillig“ zu gehen. Trotz entgegenstehender verwaltungsgerechtlicher Entscheidungen verweigern viele Ausländerbehörden den Betroffenen einen Teil der ihnen zustehenden Sozialleistungen.

Das niedersächsische Innenministerium hat das Landeskriminalamt als „Clearingstelle“ mit der Organisation und Durchführung von Abschiebungen ethnischer Minderheiten in das Kosovo beauftragt. Auch dort nimmt man es mit der Einzelfallprüfung aber offenbar nicht so genau. Der erste Versuch einer Abschiebung von zehn in Niedersachsen lebenden Angehörigen ethnischer Minderheiten scheiterte Ende Mai am Veto der UNMIK. www.nds-fluerat.org

Kampagne „Hier geblieben!“ seit 20. Juni in Schleswig-Holstein

KIEL. Das „Bündnis Bleiberecht Schleswig-Holstein“, dem zahlreiche regionale Initiativen, Wohlfahrtsverbände und Organisationen aus Schleswig-Holstein angehören, hat am 20.06., dem Internationalen Tag des Flüchtlings, die Kampagne „Hier geblieben! – Integrieren!“ gestartet. Das regionale Bündnis will auf die prekäre Lage von auch im nördlichsten Bundesland langjährig lebenden Flüchtlingen mit ungesichertem Aufenthalt aufmerksam machen. Es schließt sich damit einer bundesweiten Initiative an, die eine großzügige unbürokratische Bleiberechtsregelung für diese Menschen fordert. Diese sei nötig, so das Bündnis, um den jahrelang andauernden Zustand der Ausgrenzung zu beenden und ihnen eine Zukunftsperspektive und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in Deutschland zu ermöglichen. Das „Bündnis Bleiberecht Schleswig-Holstein“ fordert Landes- und Bundesbehörden auf, Initiativen für eine gesetzliche Bleiberechtsregelung zu ergreifen für • Alleinstehende, die seit fünf Jahren in Deutschland leben • Familien mit Kindern, die seit drei Jahren in Deutschland

leben • unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, die seit zwei Jahren in Deutschland leben • von erlebter und erlittener Gewalt Traumatisierte • Opfer rassistischer Gewalt. Die Kampagne soll im Laufe des Jahres durch zahlreiche Aktionen und Veranstaltungen begleitet werden. www.frsh.de

Aktionstage für ein selbstverwaltetes Zentrum in Heidelberg

HEIDELBERG. Mit einer Kundgebung und verschiedenen dezentralen Aktionen gingen am 28. Juni 2003 die Aktionstage für ein neues selbstverwaltetes Zentrum in Heidelberg zu Ende (siehe Bild). Den Hauptteil der Aktivitäten bildete die per-

Gegen Streichung der Deutschkurse für ausländische Studierende

HAMBURG. Am Mittwoch, den 25. Juni, fand im Auditorium Maximum ein Aktionstag gegen die Abschaffung der Intensivkurse „Deutsch als Fremdsprache“ für ausländische Studierende statt. Der AStA erklärte dazu: „Für ausländische Studierende würde die Abschaffung der Kurse, die in 30 Jahren mehr als 2.500 ausländische Studierende auf das (Über) Leben an der Hamburger Uni vorbereitet haben, fatale Folgen haben. Denn nicht jeder kann sich die teuren Privatkurse leisten. Darüber hinaus haben die DAF-Intensivkurse die Studierenden auch auf die Besonderheiten des Studi-



manent gut besuchte Dauerkundgebung auf dem Heidelberger Marktplatz, bei der von Mittwoch Nachmittag bis Freitag Nacht rund um die Uhr bis zu 80 AZ-SympathisantInnen vor Ort waren. Während dieser Zeit, die geprägt war von gemeinsamem Essen, Trinken, Feiern und Übernachten, machten die AZ-AktivistInnen nicht nur mit einem Infostand, Ausstellungswänden und Flugblättern auf die desolate Situation selbst verwalteter Freiraumkultur in Heidelberg aufmerksam, sondern auch mit buntem Programm und vielfältigen Aktionen. Dazu gehörten neben inhaltlichen Beiträgen (mehrere Informationsveranstaltungen und ein Stadtrundgang) auch zahlreiche Workshops (T-Shirt-Druck, Buttonherstellung, Basteln, Akrobatik und Jonglieren) und kulturelle Einlagen wie z. B. pantomimische Performance, Puppentheater und Feuershows.

Dass die Stadt Heidelberg auch weiterhin eine Blockadepolitik gegenüber dem AZ betreibt, wurde bei der BürgerInnenfragestunde vor der Gemeinderatssitzung am Donnerstag mal wieder deutlich. Auf die Frage, warum dem AZ in der Vergangenheit mehrfach geeignete Gebäude verweigert wurden, antwortete Oberbürgermeisterin Beate Weber Folgendes: „Wenn Sie überhaupt nicht abhängig sein wollen, dann müssen Sie sich selbst kümmern.“ (RNZ vom 28.06.03)

www.autonomes-zentrum.org

ums in Deutschland vorbereitet: neben der Sprache, Kultur und deutscher Geschichte stehen auch die Uni-Strukturen, die deutsche Wissenschaftssprache und damit verbunden die Fragen wie „Wie halte ich ein Referat?“ und „Wie verfasse ich eine wissenschaftliche Arbeit in Deutsch?“ auf dem Lehrplan. Wir fordern den Ausbau dieser Kurse und die Beibehaltung des integrativen Konzepts.“

www.ast.uni-hamburg.de

Erster Erfolg für die Initiative „Bücherbegehren“ in München

MÜNCHEN. Münchens Bürger werden im Herbst über die Zukunft ihrer Stadtteilbibliotheken in einem Bürgerentscheid befinden. Die „Initiative für die Erhaltung der Münchener Stadtteilbibliotheken“ hat am 30. Juni 2003 das für die Zulassung der Abstimmung nötige Quorum erreicht. Dieser bedeutende Schritt gelang nur, weil das Anliegen der Initiative bei den Bürgerinnen und Bürgern Münchens auf großes Interesse stieß. Man ist empört, dass die höchst akzeptierte kulturelle Grundversorgung durch die dezentralen Stadtteilbibliotheken ausschließlich mit Verweis auf die städtische Finanzkrise geopfert werden soll. Die Initiative hat beantragt, eine Stellungnahme bei der Stadtratssitzung am 2. Juli abgeben zu können, bei der über das „Bücherbegehren“ entschieden wird. IB

Z.B. Steilshoop – zurück in die Siebziger

Obwohl die Studie „Wachsende Stadt“ seit den Generalbebauungsplänen der fünfziger Jahre sicher den radikalsten Umbau Hamburgs konzipiert, wirkt an ihr vor allem die Einseitigkeit erschreckend, mit der sie einige Segmente des sozialen Lebens bei völliger Missachtung anderer in den Mittelpunkt stellt. Die Stadt wird kaum noch als Lebensraum ihrer Individuen aufgefasst, sondern – wenn auch in den Vorbemerkungen ohne nähere Begründung zurückgewiesen – als Selbstzweck betrachtet. Eine „Zielgruppenstrategie“ (I, 3) rekrutiert die Potenziale, die Hamburg zu einem hypertrophen Wachstum verhelfen sollen.

Bekanntlich aber können auch Krebsgeschwüre wachsen, vor allem dann, wenn nach einer überstandenen Krankheit die Nachsorge vernachlässigt wird. Die Stadt verfügt über eine Reihe von soeben operierten Patienten, die sicher eine gute Chance haben, wenn ihnen ausreichend Aufmerksamkeit geschenkt wird. Das Senatskonzept jedoch hat an kranken oder genesenden Teilen der Stadt wenig Interesse. Es möchte ein vor Gesundheit strotzendes Hamburg präsentieren, um dahinter seine Siechenkolonien zu verstecken. Es soll der Versuch gemacht werden, diese gefährliche Entwicklung am Beispiel der Trabantenstadt Steilshoop zu verdeutlichen.

In den späten siebziger und frühen achtziger Jahren drohte die Steilshooper Wirklichkeit sich dem durch die Springer-Presse verbreiteten Bild des Stadtteils zu nähern. Die Schieflage, in die die Großsiedlung in dieser Zeit kam, war vor allem auf die hohe Fluktuation der Einwohner zurückzuführen. Die hohen Mieten konnten von Familien, die über dem Leistungssatz des Bundessozialhilfegesetzes lagen, kaum noch aufgebracht werden. Steilshoop verbuchte diverse Rekorde bezüglich der Menge an Miet- und Räumungsklagen. Durch die „hohen Mieten ... und dadurch, dass fast alle Familien zusätzliche Schulden – meist für Mobilien – abdecken müssen, entstehen die finanziellen Schwierigkeiten. Das Familieneinkommen liegt meist nur wenig über dem Bedarfssatz für Sozialhilfe. Das bedeutet, dass ein hoher Anteil der uns bekannten Familien ca. 35% ihres Nettoeinkommens für Wohnraumkosten

bereitstellen muss.“¹ Für das Jahr 1975 verzeichnete die Sozialabteilung des Ortsamtes Bramfeld pro Monat 60 Haushalte, die entweder eine Räumungs- oder Mietklage erhielten². Fast jeder zwölftes Haushalt war also mit seinen Mietzahlungen im Verzug³. In ihrem Bericht von 1978 warnten die sozialen Dienste vor den dramatischen Folgen dieser Entwicklung: „Da die Höhe der Mieten in Steilshoop durch Wohngeld vielfach nur unzureichend ausgeglichen werden kann, ziehen von Sozialhilfe unabhängige Familien verstärkt aus, um ihren Etat zu entlasten. Die leeren Wohnungen werden in großer Zahl an Sozialhilfeempfänger vermietet. Insbesondere in den Häusern mit großen und daher teuren Wohnungen konzentrieren sich auf diese Weise die Problemfamilien. Das negative Image des Stadtteils nach Außen wird dadurch verstärkt und ist wiederum ein Grund für weitere Abwanderungen. Damit beginnt der Kreislauf von vorn, was – sollte er nicht durchbrochen werden können – ein allmähliches Absinken des Stadtteils zum Slum zur Folge haben kann.“⁴

Dieses düstere Bild des Stadtteils, gezeichnet durch die Sozialen Dienste Steilshoop, wurde von der Behörde für Arbeit, Jugend und Soziales aufgenommen. In ihrem Bericht von 1980 sah sie das Hauptproblem vor allem in der Konzentration von sozial schwachen und schwierigen Mietern auf bestimmte Blocks.⁵ Die Fehlinghöhe werde laut dieser Studie im Volksmund schon als das „Tal der Gesetzlosen“ bezeichnet.⁶ Weil einzelne Ringe von bestimmten ethnischen Gruppen, vornehmlich Türken, belegt seien, glaubte man sogar eine Art Gettobildung zu erkennen.⁷

Als dramatisch wurde der Anstieg der Kriminalität empfunden. Nun weisen zwar die offiziellen Statistiken zu keinem Zeitpunkt eine überdurchschnittlich hohe Verbrechensrate für den Stadtteil aus, subjektiv jedoch hatten die Steilshooper fast immer das Gefühl, in einer kriminellen Hochburg zu leben. Sicher war die Presse mit ihrer wenig objektiven und unfairen Berichterstattung über das Viertel nicht ganz unschuldig an dieser Entwicklung. Sie verbreitete bis in die jüngste Zeit Stereotypen und Klischees über

Neubausiedlungen im Allgemeinen und Steilshoop im Besonderen, die gelegentlich in einer Art self-fulfilling prophecy funktionieren. Es gibt aber auch eine Reihe von Hinweisen, dass die Statistiken nur sehr bedingt mit der Realität übereinstimmen. Eine sehr detaillierte Analyse über die Kriminalität in Steilshoop in den siebziger Jahren weist darauf hin, dass in den Unterschichten die Bereitschaft, eine Straftat zur Anzeige zu bringen, nicht besonders ausgeprägt ist⁸. Sie macht dafür, überwiegend amerikanischen Untersuchungen folgend, das Faktum verantwortlich, dass in unteren sozialen Schichten keine strikte Ablehnung devianten Verhaltens vorliege. So sei in Problemgebieten nicht nur das Risiko gering, überhaupt für eine Straftat zur Rechenschaft gezogen zu werden, sondern es fehle auch ein ausgeprägtes Bewusstsein für Recht und Unrecht.

Auch neuere Statistiken liefern einige Hinweise, die diese These unterstützen kann. 1999 lag die Kriminalitätsrate mit 127 bekannt gewordenen Straftaten auf 1000 Einwohner gegenüber 166 wesentlich niedriger als in Gesamt-Hamburg. Eine Ausnahme machen jedoch die Gewaltdelikte. Mit 7 Straftaten gegenüber 5 liegt der Stadtteil deutlich über der allgemeinen Kriminalitätsrate. Die Akzeptanz eines Opfers einer Körperverletzung ist gegenüber einem derartigen Delikt wahrscheinlich wesentlich geringer⁹ als bei einem einfachen Diebstahl oder bei der von Jugendlichen als „Abziehen“ verniedlichten räuberischen Erpressung. Außerdem handelt es sich bei Körperverletzung immer um ein Offizialdelikt, so dass davon auszugehen ist, dass Polizei und Staatsanwaltschaft aus eigener Initiative Ermittlungen einleiten. Da meist ärztliche Hilfe in Anspruch genommen werden muss, kann über ein derartiges Verbrechen auch nicht der Mantel des Schweigens der Beteiligten gebreitet werden.

Der von den sozialen Diensten beschworene Trend zur Verslumung Steilshoops konnte mit erheblichen öffentlichen Mitteln aufgehalten und zum Teil sogar umgedreht werden¹⁰. Man hat sich dabei von der richtigen Erkenntnis leiten lassen, dass die Selbstheilungskräfte in einem Neubaugebiet wesentlich einge-

1 Strukturbericht. Soziale Dienste Steilshoop. (Stand 1975). Hektographiertes Typoskript. o.O. o.J. (um 1975), S. 18

2 Ebd. S. 16

3 Wahrscheinlich war die tatsächliche Zahl noch wesentlich höher, da in dem Sozialbericht nur die Fälle Berücksichtigung gefunden haben, bei denen es zu einer juristischen Maßnahme gekommen ist.

4 Strukturbericht. (Anm.1), S. 31 f.

5 Vgl. Behörde für Arbeit, Jugend und Soziales: Stadt- und Stadtentwicklungsplanung in Neubaugebieten Hamburgs – exemplarisch dargestellt am Neubaugebiet Steilshoop. Unveröffentlichtes Typoskript. Hamburg 1980, S.52

6 Ebd.

7 Ebd. S. 53

8 Meier, Uwe: Kriminalität in Neubausiedlungen. Das Beispiel Hamburg-Steilshoop.

Frankfurt/M. 1985 (Europäische Hochschulschriften, Reihe XXII, Soziologie, Bd. 91), S. 120-124.

9 Überführt davon bleibt leider das große Feld der häuslichen Gewalt.

10 Einen Überblick über die Hamburger Situation bei: Krüger, Till: Nachbesserung und Neubau in Hamburger Großsiedlungen. In: Großsiedlungen im Umbruch. Hamburg 1993, S. 113-124

schränkter vorhanden sind als in einem Viertel mit einer organisch gewachsenen Struktur¹¹.

Der hohen Fluktuation der Bewohner begegneten Senat und Bauträger vor allem dadurch, dass sie die hohen Mieten des vorgeblich sozialen Wohnungsbaus, die z.T. innerhalb von nur 5 Jahren um über 20% gestiegen waren, mit öffentlichen Mitteln wieder heruntersubventionierten und nun auch Familien, deren Einkommen über den Sätzen des Bundessozialhilfegesetzes lagen, eine Chance boten, bezahlbaren Wohnraum in Steilshoop anzumieten. Ebenso bedeutsam war der massive Einsatz von Sozialarbeitern, die mit zahlreichen Betreuungs- und Beratungsangeboten den Steilshoopern zur Seite standen. Daneben entstanden öffentlich geförderte Einrichtungen, wie etwa das Café Treff oder die Textilnäherei, die extrem benachteiligten Bewohnern einen Arbeitsplatz auf dem zweiten Arbeitsmarkt anboten.

In den vergangenen beiden Dekaden konnte tatsächlich durch diese Maßnahmen ein großer Teil der Probleme ausgeräumt oder minimiert werden. Das drückt sich vor allem durch die Zufriedenheit der Bewohner mit ihrem Stadtteil aus. Bei einer Untersuchung über das Lebensgefühl aus dem Jahr 1990¹², bei der die Bewohner ihren Stadtteil auf einer Skala von 1 bis 7 bewerten sollten, erreichte Steilshoop immerhin den Wert 4,4 (Osdorfer Born 3,9, Mümmelmannsberg 3,8, Kirchdorf-Süd 3,8).

Seit dem Antritt des Rechtssenats mehren sich aber die Anzeichen, dass ein Umdenken in den Behörden stattgefunden hat. Den neoliberalen Konzepten folgend, ist man den Erfahrungen der siebziger und achtziger Jahre zum Trotz der Ansicht, dass man eine Großsiedlung dem freien Spiel der Kräfte und der Initiative seiner Bewohner überlassen kann¹³. Schon im Bürgerschaftswahlkampf 2001 wurde seitens der CDU der Vorschlag gemacht, das kommunale Wohnungseigentum zu verkaufen und den in Hamburg einigermaßen geschützten Sektor des Wohnens dem freien Markt zu überlassen. Zu Anfang des Jahres 2003 wurden bei den gemeinnützigen Wohnungsbau- gesellschaften zahlreiche Mieten erhöht, weil zinsgünstige Kredite des Senats nicht mehr verlängert worden sind. Sicher ist darin ein erster Schritt zu sehen, die Mieten „marktgerecht“ anzupassen, um den Verkauf der Wohnungsbau- gesellschaften zu erleichtern.

Parallel läuft ein radikaler Abbau der



Demonstration gegen die Streichung der ABM-Stellen beim Träger des Steilshooper Stadtteilcafés ABAKUS, Februar 2003, Bilder: www.wir-steilshooper.de

sozialen Infrastruktur des Stadtteils. Der gravierendste Schlag war sicher die Streichung der ABM-Stellen bei dem Träger des Stadtteilcafés ABAKUS¹⁴. Akut bedroht ist die Spielwohnung II, für die ebenfalls keine Mittel mehr zur Verfügung stehen sollen.

Zu befürchten ist, dass das Konzept „Wachsende Stadt“ in Steilshoop be-

sonders verheerende Verwüstungen anrichten wird. Zwar werden die Großsiedlungen in der Studie mit keinem Wort erwähnt, aber genau hier liegt das Problem. Aus drei Gründen wird in Zukunft auf diese ein besonders starker Druck ausgeübt werden

– Zur Finanzierung des anspruchsvollen Programms sollen vor allem die fi-

11 Resignierend die Feststellung in dem Bericht der Behörde für Arbeit, Jugend und Soziales (Anm. 5) S. 56: „Nachbarschaftliche Verhältnisse entwickeln sich nicht automatisch aufgrund dazu angelegter Baustrukturen und sozialer Infrastruktureinrichtungen. Es entsteht vielmehr dort, wo es zur Sicherung der Existenz notwendig ist.“

S. 57: „Insofern erweist sich auch die Zielsetzung, mit Hilfe von Baustrukturen, Nachbar-

schaftseinheiten anzuregen, als realitätsfremd.“

12 infas – Institut für angewandte Sozialwissenschaft: Vergleichende Untersuchung von vier Hamburger Großsiedlungen. Bewertung von Mängeln und Maßnahmen durch Experten und Bewohner in den Großsiedlungen Osdorfer Born, Steilshoop, Mümmelmannsberg und Kirchdorf-Süd. Im Auftrage der Baubehörde bearb. v. Wolfgang Hartenstein u.a. Bonn-Bad

Godesberg 1990, Tabelle 3.1, S. 29

13 Entlarvend war die Aussage eines Vertreters der Schill-Partei auf der Koordinierungskonferenz Steilshoop, der in der Debatte um die Streichung der ABM-Stellen im Café Treff, den Vorschlag machte, deren Funktion sollte durch ehrenamtliche Kräfte übernommen werden. Vgl. Protokoll der Protokoll der Sitzung der Koordinierungskonferenz Steilshoop vom 13.1.2003, S. 11s. n Infrastruktur de

nanziellen Prioritäten anders gesetzt werden¹⁵. Deutlicher: Hinfort mit dem Sozialklimbim, auf dass Mittel frei werden für das schöne neue Hamburg.

– Ein Verkauf von kommunalem Wohnungseigentum bringt die Finanzmittel, die zum Beispiel für die Ausweitung der Stadt in Richtung Süden notwendig sind.

– Vor allem aus den innenstadtnahen Quartieren, in denen jetzt noch verhältnismäßig preiswerter Wohnraum vorhanden ist, wird es einen enormen Druck in Richtung Steilshoop, Mümmelmannsberg, Osdorfer Born ... geben. Bei gleichzeitigem Wegfall der Sozialbindung sowie der Privatisierung der bisher gemeinnützig verwalteten Anlagen wird eine neue Runde in der Mietspirale erreicht werden. Wie stark der Druck sein wird, kann man in etwa errechnen, wenn man die aktuellen Mitteilungen des Senats¹⁶, in denen die Flächen ausgewiesen sind, die künftig dem Wohnungsbau zur Verfügung stehen sollen, in eine Beziehung zu dem angestrebten Wachstum von bis zu 300.000 Menschen setzt. Ausgehend von höchstens 10.000 neuen Wohnungen, die wohl auch überwiegend als Eigenheime oder Eigentumswohnungen¹⁷ konzipiert

sind, wird allenfalls ein Zehntel der Zuwanderer eine angemessene Behausung finden. Bei Beibehaltung des ehrgeizigen Wachstumszieles werden also 70- bis 100.000 Wohnungen fehlen bei gleichzeitigem Abbau einer öffentlichen Wohnungswirtschaft. Es erwächst also ein „Vermietermarkt“, der sicher auch durch die kühnsten Träume der Immobilienbranche nicht mehr getoppt werden kann. Die Steilshooper gelangen wieder in denselben Kreis, aus dem sie in den achtziger Jahren herausgekommen sind: hohe Mieten, Auszug der besser gestellten Bewohner, sozialer Verfall, dürftige Hilfsangebote und zwanzig Jahre Arbeit für die Katz.

In Stadtteilen wie Steilshoop findet zur Zeit durchaus eine Entwicklung eines Bewusstseins für die Lage statt. Die oben beschriebenen Gefahren werden von vielen der rund 20.000 Einwohner zwar gesehen, jedoch konzentriert sich der Widerstand fast immer auf einzelne Aspekte des Gesamtpakets¹⁸. Mit Sicherheit ist hier die Linke aufgerufen, Aufklärungsarbeit zu leisten und das Problem von den Wurzeln her anzugehen.

Martin Kersting

14 Vgl.: Protest in Steilshoop. Streichungen und ihre Folgen. Ein Flugblatt der PDS Wandsbek. In: Lokalberichte Hamburg, Jg. 14, 2003, Nr. 5, 6.3., S. 1

15 4, 1, 1: Angesichts der Haushaltsslage und des Konsolidierungsbedarfs kann es keine Ausweitung des Ausgabevolumens geben, um neue politische Schwerpunkte zu finanzieren. Die politischen Schwerpunktsetzungen des Senats müssen durch Prioritätensetzung, Umschichtungen und Einsparungen finanziert werden, so wie dies bereits im Betriebshaushalt im Rahmen des vorhandenen Ausgabevolumens gelungen ist

16 Vgl.: Kersting, Christian: 19 neue Gewerbegebiete, 10200 neue Wohnungen. Hier sehen Sie, wo Hamburg wächst. In: BILD, 23.5.2003 S. 6 / Knödler, Gernot: Die Stadt wuchert weiter. Senat stellt zweite Tranche der Wohnungsbau- und Gewerbeblächen für die wachsende Stadt vor. Jeder Bezirk bekommt Gewerbe ab. Nabu und BUND kritisieren den Verbrauch frischer Flächen. In: TAZ 23.5.2003, S. 21 / Kopp, Martin: Neue Grundstücke für Wohnungen und Büros. Senatskommission weist 29 weitere Flächen für Wohnungsbau

und Gewerbe aus – Kritik aus eigenen Reihen. In: Die Welt, 23.5.2003, S. 38 / rup: Hamburg wächst. 1500 neue Wohnhäuser. In: Hamburger Abendblatt, 23.5.2003, S. 14 / „Wachsende Stadt“ – die neuen Flächen. In: Hamburger Morgenpost, 23.5.2003, S. 14 f.

17 Vgl. z. B.: Wachsende Stadt, II, 1, 2.: „Ziel muss es daher sein, diese Menschen [mit potenziell mittlerem bis höherem Einkommen, M.K.] nicht nur kurzfristig durch urbanes, verdichtetes Wohnen, sondern auch langfristig durch ein größeres Angebot an Eigenheimen und Eigentumswohnbauflächen in Hamburg zu halten.“

18 Die Stadtteilinitiative „Wir-Steilshooper“ etwa greift vor allem dann ein, wenn wieder eine soziale Einrichtung von der Schließung bedroht ist, ein übergreifendes Konzept sowohl für den Widerstand als auch für die künftige Entwicklung des Stadtteils wird in der Regel mit dem Verweis auf die Überparteilichkeit der Initiative abgelehnt. Auch die Koordinierungskonferenz Steilshoop, die als Forum der Institutionen, Initiativen, Vereine und Parteien des Viertels fungiert, beschränkt sich auf die Auffassung von Protestbriefen in konkreten Einzelfällen.

EU-Verfassung: BRÜSSEL. Das Präsidium des europäischen Konvents legte in den vergangenen Wochen in mehreren Etappen die Textentwürfe für die zukünftige europäische Verfassung vor. Diese wurden am 20.6.2003 den Staats- und Regierungschefs der EU bei ihrem Gipfeltreffen in Thessaloniki präsentiert. Eine erste Bewertung der Entwürfe aus kommunaler Sicht ergibt, dass die Arbeit der kommunalen Spitzenverbände und des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) in den vergangenen 16 Monaten seit Beginn der Beratungen des EU-Konvents ganz offensichtlich auf fruchtbaren Boden gefallen ist. Die vom Konvent im Rahmen seiner Sitzung im Februar 2003 versprochene Anerkennung der regionalen und lokalen Dimension in Europa findet sich in zahlreichen Textpassagen wieder (www.rgre.de/pdf/konv_komm_pass.pdf). Wenn die kommunal-relevanten Teile im Verfassungsentwurf in der bevorstehenden Debatte des Konvents und in der nachfolgenden Befasung der Regierungskonferenz nicht noch geändert werden, wird die kommunale Selbstverwaltung als Bestandteil der nationalen Identität der Mitgliedstaaten Bestandteil der künftigen europäischen Verfassung sein.
www.rgre.de

EU muss kommunale Selbstverwaltung respektieren: BRÜSSEL. Die deutschen Kommunen fordern, auch künftig selbst darüber entscheiden zu dürfen, welche Leistungen der Daseinsvorsorge sie erbringen und in welcher Form sie das tun. „Die Leistungen der örtlichen Grundversorgung dürfen nicht von Europa dirigiert werden. Wir wollen, dass wir in Deutschland in den Städten und Gemeinden über die Grundversorgung unserer Bürger weiterhin selbst entscheiden dürfen. Wir wollen selbst in unseren demokratisch legitimierten Gremien darüber befinden, wie die Wasserversorgung oder die Müllabfuhr sichergestellt werden und wie weit und in welcher Form Kulturangebote wie ein Stadttheater für die Menschen zur Verfügung stehen,“ sagte DStGB-Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg. Bei der Festlegung, wie die EU-Kommission die so genannten Leistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse künftig behandelt, dürfe nicht allein der Wettbewerbsgedanke im Vordergrund stehen. Insbesondere müsse klargestellt werden, welche Leistungen der Daseinsvorsorge überhaupt vom europäischen Wettbewerbsrecht betroffen seien. Landsberg bezeichnete die von der EU-Kommission beabsichtigte Neuregelung des öffentlichen Nahverkehrs als richtungsweisenden Präzedenzfall: „Wenn die Kommission im ÖPNV eine Ausschreibungspflicht auch für die Beauftragung der eigenen Ver-

waltung oder eigener Unternehmen der Kommunen durchsetzen kann, dürfte die kommunale Wirtschaft in diesem Bereich in Deutschland vor dem Ende stehen.“ Nach den Vorstellungen der Kommission sollen die Kommunen künftig nicht mehr darüber entscheiden dürfen, ob sie den ÖPNV selbst durchführen oder private Dritte damit beauftragen.
www.dstgb.de

Grünbuch zur Daseinsfürsorge:

BRÜSSEL. Die EU-Kommission hat am 21.5.2003 ein Grünbuch über die Rolle der EU bei der Förderung einer hohen Qualität öffentlicher Dienstleistungen verabschiedet. Das Grünbuch betont die Notwendigkeit einer Debatte über die grundsätzliche Rolle der Union bei der Definition der Ziele der Daseinsfürsorge. Auch in Fragen der Organisation, Finanzierung und Bewertung soll die Kommission eine wichtige Rolle spielen. Die Kommission erkennt außerdem an, wie viel der Binnenmarkt und die Wettbewerbsregeln zur Verbesserung und Effizienzsteigerung der öffentlichen Dienstleistungen beigetragen haben. Das Grünbuch beschäftigt sich mit der Frage, ob es notwendig ist, einen allgemeinen Rechtsrahmen für Dienstleistungen auf Gemeinschaftsebene zu schaffen. Dabei müssen folgende Tatsachen berücksichtigt werden: die unterschiedliche Organisation, beispielsweise muss die Liberalisierung dieser Dienste in den Mitgliedsstaaten nach dem Subsidiaritätsprinzip respektiert werden. Außerdem wurden seit Mitte der achtziger Jahre einige Sektoren, wie Telekommunikation, Post und Energie liberalisiert, was die Dienstleistungen erschwinglicher gemacht und eine Million Arbeitsplätze geschaffen habe.
www.rgre.de

Positionspapier der AWO: BONN. Soziale Dienste gemeinwohlorientierter Anbieter sind seit einigen Jahren einem erheblichen Wandel unterworfen. In ihrer neuen Broschüre „Solidardienste und Wettbewerb in Europa“ stellt sich die Arbeiterwohlfahrt den zunehmenden Herausforderungen durch Markt und Wettbewerb. Die AWO fordert jedoch ein, dass die besonderen Leistungen gemeinwohlorientierter Anbieter, z. B. die Schaffung sozialen Kapitals durch ehrenamtliche Arbeit, auch in Zukunft anerkannt werden. Die AWO will mit dieser Schrift eine breite Diskussion über den Wettbewerb und seine Auswirkungen auf die Solidardienste anstoßen und einen konstruktiven Beitrag zur künftigen Gestaltung der Solidardienste auf nationaler und europäischer Ebene leisten.
www.awo.org

Zusammenstellung: ulj



Mannheim: Heftige Auseinandersetzungen um Erhalt von Arbeitsplätzen in alteingesessenen Metallbetrieben

ALSTOM-Power

Pressemitteilung des Konzernbetriebsrates der deutschen Betriebe

23.06.03. ... Vor wenigen Tagen erschien im ALSTOM-Intranet eine Botschaft des Sektorpräsidenten Mike Barrett an die Beschäftigten des Kraftwerkssektors, in dem die Standorte für das internationale Kraftwerksgeschäft aufgezählt wurden. Dabei wurde der Standort Deutschland nicht mehr aufgeführt, dagegen aber z. B. Indien und Malaysia als „weitere Hauptstandorte“ neben Frankreich und der Schweiz. Die Kolleginnen und Kollegen aller Betriebe verlassen heute ihre Arbeitsplätze, um sich beim Betriebsrat zu informieren bzw. von der Unternehmensleitung Aufklärung zu fordern über die geplanten Maßnahmen und deren Auswirkungen auf die zukünftige Rolle und Funktion des jeweiligen Standortes.

In Mannheim wurde eine für heute angesetzte Betriebsversammlung am frühen Vormittag unterbrochen. Die Beschäftigten der Mannheimer ALSTOM-Power-Betriebe begaben sich spontan auf einen gemeinsamen Protestmarsch in die Mannheimer Innenstadt. Sie demonstrieren damit gegen die Abbaupläne der Konzernleitung, die in Mannheim jeden zweiten Arbeitsplatz des Kraftwerksbereiches vernichten will, obwohl die Mannheimer Kolleginnen und Kollegen in den letzten Jahren erhebliche positive Beiträge zum internationalen Geschäftsergebnis erwirtschaftet haben. Im vergangenen Geschäftsjahr wurden allein aus Mannheim ein dreistelliger Millionen-Euro-Betrag an die Pariser Konzernzentrale abgeführt.

In der vergangenen Woche hat eine erste Information des Europäischen Betriebsrates über die Abbauplanungen durch die ALSTOM-Konzernleitung stattgefunden. Auch dort wurden heftige Diskussionen zwischen den Arbeitnehmervertretern und dem obersten Management geführt. Der geschäftsführende Ausschuss des Europäischen Betriebsrats hat gegen das Unternehmen Klage eingereicht, wegen Nichteinhaltung der EBR-Vereinbarung bezüglich Informations- und Konsultationsrechten dieses Gremiums.

Im Rahmen der ersten angekündigten Phase der Restrukturierung sollen im internationalen Kraftwerksbereich von ALSTOM Power 3.000 von 11.000 Stellen abgebaut werden. Weitere Maßnahmen in anderen Sektoren sind bereits angekündigt.
 (KBR)

Betriebsversammlung unterbrochen. Belegschaft demonstriert in die Mannheimer Innenstadt

Die am Morgen des 23. Juni bei Alstom Power in Mannheim-Käfertal stattfindende Betriebsversammlung wurde kurz nach 10 Uhr unterbrochen. Zuvor wurde die Belegschaft aufgerufen für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze öffentlich zu demonstrieren.

Der Betriebsratsvorsitzende Udo Belz gab einen Überblick über die Entwicklung der letzten Wochen. Belz, der auch dem europäischen Betriebsrat angehört, berichtete auf der Versammlung über die letzte Woche stattgefundene Sitzung des Gremiums in Polen, die er als „Provokation der Konzernleitung“ bezeichnete. So war den europäischen Betriebsräten kurz zuvor ein Ordner mit 300 Seiten auf englisch übergeben worden, aus dem sie sich die Personalabbaumaßnahmen zusammensuchen sollten.

Belz zählte eine Reihe Gespräche und Aktivitäten mit Politikern verschiedener Parteien auf, die sich für den Erhalt der Arbeitsplätze einsetzen, darunter Ministerpräsident Teufel, Wirtschaftsminister Döring und Oberbürgermeister Gerhard Widder. Alstom plant nach wie vor, in Mannheim 700 Arbeitsplätze zu vernichten.
 (P. Schoder, BR Alstom)

ABB:

Dienstleister hart betroffen! / Personalabbau in sehr hohem Umfang für den ABB Bereich GSC

Für den ABB Bereich Group Service Center mit seinen umfangreichen Dienstleistungsaktivitäten ist ein Interessenausgleich und Sozialplan vereinbart. Damit stehen für den zweiten Mannheimer ABB Betrieb die Personalabbaumaßnahmen fest. Nach Mitteilung der IG Metall sollen von den ca. 625 Betroffenen binnen



→ eines Jahres nur noch ca. 190 Beschäftigte bei den ABB Dienstleistern verbleiben.

„Das ist der härteste Personalabbau bei ABB im Rahmen des Kostensenkungsprogramms Step Change“, konstatiert der 1. Bevollmächtigte der IG Metall Mannheim Peter Toussaint. „Auch wenn nicht alle 435 Arbeitsplätze auf Dauer wegfallen, so ist dies dennoch die einschneidende Maßnahme für einen einzelnen Betrieb. Wir reden hier über den Abbau von 70 % der Beschäftigungsverhältnisse!“ Von Kündigungen bedroht sind ca. 100 Beschäftigte, deren Arbeitsplätze auf Dauer entfallen. Ungefähr 60 Menschen sind anderen ABB Einheiten in der Region zugeordnet und können damit ihre Arbeit – wenn auch unter anderen Bedingungen – behalten. Die restlichen Arbeitsverhältnisse will ABB auf andere Unternehmen durch einen sogenannten Betriebsübergang übertragen.

Mehrheitlich handelt es sich um Tätigkeitsfelder im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie. So soll der Teil an Dienstleistungen, der für die EDV-Anwendungen der ABB die Entwicklung und Pflege sicherstellt, an das Wiesbadener Unternehmen CSC Ploenzke veräußert und damit ca. 130 Arbeitnehmer inklusive 30 Auszubildende dort weiterbeschäftigt werden.

„ABB glaubt“, so Toussaint, „dass ein externer Spezialist die in Rede stehenden Dienstleistungen kostengünstiger anbieten könne als eine eigene Einheit vor Ort. „Wesentlich für uns als IG Metall und unsere Betriebsräte ist die Tatsache, dass mit der beabsichtigten Transaktion Arbeitsplätze erhalten werden können!“ Für weitere Geschäftsbereiche bestehen ähnliche Planungen zur Ausgliederung, sind aber noch nicht so weit gediehen. Hier wird für die verschiedenen Aktivitäten in den nächsten Tagen mit konkreten Vertragsabschlüssen gerechnet und damit auch die Bekanntgabe der Zahl von Arbeitsplätzen die durch externe Anbieter erhalten werden kann.

(Ein weiter wichtiger Zentralbereich, der abgebaut wird, sind die Kantinen. Bisher kocht die Kantine bei ABB-Käfertal selbst. Alle Außenstellen und Cafeterien sollen geschlossen oder outsourct werden. Red.)

IG Metall Chef Toussaint: Damit ist innerhalb weniger Tage alleine in zwei Mannheimer ABB-Betrieben der Verlust von über 220 Arbeitsplätzen vom Unternehmen veranlasst, sowie die Veräußerung von Geschäftsaktivitäten mit über 300 Arbeitsplätzen betrieben worden. Dies ist ein harter Schlag für die Betroffenen und den hiesigen Arbeitsmarkt, so der Metaller. Aber das ist noch nicht das Ende der von ABB beabsichtigten Personalreduktion.

Für Thomas Bauer, den Betriebsratsvorsitzenden der Einheit Group Service Center, der wohl das schwerste Maßnahmepaket zu schultern hat, ist der drastische Einschnitt bei den Dienstleistern nicht in jedem Fall der ökonomischen

Vernunft, sondern oftmals den finanziellen Schwierigkeiten der deutschen ABB geschuldet. ABB hatte bekannt gegeben, mit einem Kostensenkungsprogramm namens Step Change ca. 1.350 Arbeitsplätze abbauen und ca. 550 Arbeitsplätze ausgliedern zu wollen. In äußerst schwierigen Verhandlungen versuchen die ABB Betriebsräte mit Unterstützung der Mannheimer IG Metall einigermaßen ausgewogene Lösungen für die Beschäftigten zu vereinbaren. Als nächstes wird ein Ergebnis im Unternehmen ABB Utilities in Mannheim-Käfertal (im sogenannten Wabenbau) erwartet.

Presseerklärung der IG Metall Mannheim vom 12.6.2003

Haldex (ehemals Graubremse):

Beim Nutzfahrzeugzulieferer Haldex (ehemals Graubremse) in Wieblingen wehren sich die 273 Beschäftigten weiter gegen beabsichtigte Massenentlassungen.

Seit über vier Monaten wird über eine geplante Betriebsänderung beraten. Nach einer ersten Arbeitsniederlegung Mitte März ist es nach Angaben des Betriebsratsvorsitzenden Martin Hornung und des IG Metall-Bevollmächtigten Pat Klinis seit Mitte Mai anlässlich Interessenausgleichsverhandlungen zu neun Informations- und Protestversammlungen in Fertigung und Montage gekommen, in denen die Produktion jeweils zwischen einer halben und eineinhalb Stunden ruhte. Die Geschäftsführung konnte den im März im Internet zum Quartalsende Juni angekündigten Abschluss eines Interessenausgleichs und Sozialplans nicht durchsetzen und erklärte am 12.6.03 einseitig die Verhandlungen für gescheitert und die Anrufung der Einigungsstelle unter Vorsitz eines Bundesarbeitsrichters. Betriebsrat und IG Metall wandten sich Mitte Juni in einer Erklärung an die Presse.

Verlagerung nach Ungarn geplant

Neben bereits vereinbarten 14 Altersteilzeitregelungen, drei Verrentungen mit Abfindungen und 13 auslaufenden Befristungen hatten Konzern- und Geschäftsführung Mitte Februar, nicht einmal ein Jahr nach dem erfolgten Umzug in die neue Fabrik in Wieblingen, die komplette Schließung der Mechanischen Fertigung und einen drastischen Personalabbau um weitere rund 90 Beschäftigte angekündigt. Begründung: Der Maschinenstundensatz sei zu hoch, er betrage gegenüber Ungarn fast das Fünffache. Die mechanische Bearbeitung solle an Unterlieferanten in Osteuropa verlagert und rund fünf Millionen Euro im Jahr eingespart werden. Der Betriebsrat und eine Arbeitsgruppe erstellten daraufhin zunächst ein 21-seitiges Alternativpapier. Außerdem gab die Belegschaftsvertretung mit Zustimmung der Geschäftsführung Ende März beim INFO-Institut an der Hochschule für Wirtschaft und

Technik (HTW) in Saarbrücken unter der Leitung von Professor Dr. Heinz Bierbaum ein betriebswirtschaftliches Gutachten in Auftrag, um nachprüfbare Zahlen und Fakten zur Verfügung zu haben.

Gegengutachten des Betriebsrates: Mismanagement

Anfang Mai wurde diese 83-seitige Untersuchung präsentiert. Hinsichtlich „wirtschaftlicher und qualitativer Kriterien“ wird darin, so Betriebsrat und IG Metall, eine Fortführung der mechanischen Bearbeitung in Heidelberg grundsätzlich als „sinnvoll und durchführbar“ erachtet. Das Gutachten belegt, dass 82 Prozent des 2002 ausgewiesenen Verlustes auf ein aus konzernstrategischen Gründen weitergeführtes Produkt ECAM (mit Unterdeckungs-, Qualitäts- und Garantieproblemen) zurückzuführen sind. Bestätigt werden auch jahrelange Führungs-, Management- und Strategiefehler sowie in Richtung zweistellig gehende Millionen Euro Kosten durch Beratungsfirmen wie CMG („Computer Management Group“ aus Frankfurt, seit 1994 im Betrieb), abgesehen von Lieferversäumnissen und Defiziten bei Neuentwicklungen. (...)

Kostenvergleich Ungarn

Der Maschinenstundensatz in Heidelberg liegt keineswegs fünfmal so hoch, stellt das INFO-Gutachten ferner fest, sondern beträgt derzeit das Dreifache von dem in Ungarn. Ein Personalabbau in der mechanischen Fertigung und angrenzenden „indirekten“ Bereichen um rund 35 Beschäftigte wird zwar als „unvermeidbar“ erachtet, neben weiteren Kosteneinsparungen durch Reduzierung der Prämienlohn-Obergrenze (von 161,67 auf 145 Prozent) und gezielten Auslagerungen von Arbeiten. Bei gleichzeitigen Investitionen in neue Maschinen und möglichen Produktivitäts- und Ablaufverbesserungen durch Integration zusätzlicher Arbeiten wie Handentgraten an die Maschinen können damit die derzeitigen Kosten jedoch um über ein Drittel verringert werden, so dass das Verhältnis Deutschland zu Ungarn nur noch zwei zu eins beträgt.

Verlagerungen zahlen sich oft nicht aus

Eine Totalverlagerung der mechanischen Fertigung ist dagegen mit Transaktions- und logistischen Mehraufwendungen sowie enormen Risiken, insbesondere Verlust von Fertigungs-Know-How, Prozessstörungen und Qualitätsmängeln verbunden. Die Geschäftsführung konzentriert sich zu sehr auf Personalkosten und zu wenig auf qualitative Aspekte. So die INFO-Betriebswirtschaftler. Stichproben bei Auslandsfertigung ergaben auch bei Haldex zum Teil 50 Prozent Rücksendungs- und Nacharbeitsquoten. Infolge Abhängigkeit von Lieferanten kann es zu Lieferschwierigkeiten bis hin zu Montagestillstand kommen.

Nach einer repräsentativen Untersu-



chung des Fraunhofer-Instituts in rund 1 350 Unternehmen kam 2001 auf drei Verlager-Betriebe bereits einer, der zurückverlagerte. In Betrieben mit über 500 Beschäftigten lag das Verhältnis sogar bei zwei zu eins. (...)

Geschäftsführung verweigert sich Vorschlägen des BR

Nach einer Woche lehnte die Geschäftsführung das Gutachten laut Betriebsrat trotzdem als „unrealistisch“ ab, indem sie kurzerhand einfach neue Zahlen wie geringere Umsatzerwartung und Ähnliches nachschob. (...) Den Belegschaften der beiden Haldex-Werke in Großbritannien (Redditch und Blackburn) wurde bereits angekündigt, nicht nur die mechanische Bearbeitung nach Ungarn zu verlagern, sondern auch die Zylindermontage. Blackburn soll ganz dichtgemacht werden.

Belegschaft kämpft weiter um Arbeitsplätze

Laut Betriebsrat erklärte die Geschäftsführung in Heidelberg Anfang Juni erstmals, sie wolle keine weitere Verhandlung mehr. Auch stehe der Konzern in Ungarn unmittelbar vor dem Kauf von Gelände und dem Bau einer neuen Fabrik. Der Betriebsrat möge sich zum letzten Vorschlag Abbau von rund 80 Beschäftigten und Aufrechterhaltung einer bloßen „Minifertigung“ endgültig schriftlich äußern. Ohne diese Antwort abzuwarten, übergab die Geschäftsführung dann am 12. Juni dem Betriebsrat ein Schreiben, wonach sie die Verhandlungen als gescheitert ansehe und die Einigungsstelle angerufen habe. Im Gegensatz dazu möchte der Betriebsrat weiter so viel wie möglich Arbeitsplätze und damit Existenzgrundlagen retten. Er bekräftigt, die Gespräche seien nicht erschöpft, er sehe weiterhin Verhandlungsspielraum. Die IG Metall-Vertrauensleute riefen ebenfalls zu weiterem Widerstand auf. Die Belegschaft lasse sich nicht für jahrelanges Missmanagement bestrafen und werde sich auf keinen Fall derart „abschlachten“ lassen.

Von der Betriebsversammlung vor das Rathaus

Am 23. Juni war nun eine Betriebsversammlung. Zu Beginn blieben am Mon-

tag demonstrativ 80 mit einem „A“ („Arbeitsamt“) versehene Stühle leer, um gegen geplante Massenentlassungen zu protestieren. Die 273 Beschäftigten bezeichnen die Kündigungen als „soziales Massaker“, da die meisten nach 21 Jahren Betriebszugehörigkeit und einem Durchschnittsalter von 45 Jahren auf dem heutigen Arbeitsmarkt kaum noch eine Chance hätten. Die Versammlung nahm einen ungewöhnlichen Verlauf. Sie wurde

und sollte per Beschluss zeitweise auch in die Öffentlichkeit verlegt werden. Der neue Personalleiter Keil drohte daraufhin allen mit Abmahnungen, Kündigungen und Schadensersatz, die zur Versammlung vor dem Rathaus den Betrieb verlassen würden. Die Betriebsversammlung wurde daraufhin unterbrochen, und rund drei Viertel der Anwesenden fuhren trotzdem mit Bussen zu einer Protestkundgebung mit Transparenten und Schildern vor das Heidelberger Rathaus, wozu auch Presse, Rundfunk und Fernsehen geladen waren. Bürgermeister Beßnahm ein Schreiben der Belegschaft an Oberbürgermeisterin Beate Weber in Empfang. Die Stadt hatte sich schon in der Vergangenheit für den Erhalt der Arbeitsplätze eingesetzt und wurde nun um weitere Unterstützung gebeten. OB Weber, so die Belegschaft, möge sich auch an die schwedische Königin Silvia wenden, ihren Einfluss bei den Konzernverantwortlichen in Stockholm geltend zu machen. Schließlich habe die Monarchin „ganz Heidelberg“, ihrer Heimatstadt, auch die „besten Wünsche für 2003“ übermittelt (RNZ, 7. Februar 2003). Auf dem Rückweg wurde an der ehemaligen Graubremse-Fabrik im Pfaffengrund symbolisch ein Mahnkreuz aufgehängt.

Hoffnungszeichen für weitere Verhandlungen

Im Betrieb wurde die Betriebsversammlung fortgesetzt und zum Abschluss ein nochmaliges Schreiben an Konzernchef Warnander verabschiedet. Während die Geschäftsführung die Interessenausgleichsverhandlungen am 12. Juni für gescheitert erklärte, um die Einigungsstelle unter Vorsitz eines Bundesarbeitsrichters anzurufen, fordert der Betriebsrat weiter zu verhandeln. Gemäß Betriebsverfassungsgesetz ersuchte er vor einer Woche zusätzlich den Präsidenten des Landesarbeitsamtes um Vermittlung. Die Geschäftsführung macht ihre Teilnahme an diesem auf 2. Juli anberaumten Termin davon abhängig, ob der Betriebsrat zuvor die von ihr einseitig eingeleitete Einigungsstelle akzeptiert. Im Anschluss an die Betriebsversammlung gab es nun Signale mit der Möglichkeit weiterer Verhandlungen.

Betriebsrat Haldex und IG Metall Heidelberg

DIHK fordert klaren Einstieg in Sozialreformen. – *HB, Mi/Do, 18./19.6.2003.* Laut DIHK-Hauptgeschäftsführer M. Wansleben ist in Deutschland dringend ein politisches Aufbruchsignal erforderlich: bei Unternehmen überwiege inzwischen das generelle Misstrauen gegenüber der Politik. Sogar die Diskussion über ein Vorziehen der Steuerreform, die der DIHK eigentlich begrüßt, trage wegen der fehlenden Gegenfinanzierung zur Verunsicherung bei.

Ausbildungsoffensive 2003 der IHK. – *FR, Samstag, 28.6.03.* 82 Industrie- und Handelskammern wollen mit einer Offensive für mehr Lehrstellen sorgen. „Die schwierige Ausbildungssituation ist eine Herausforderung für die Gesellschaft und die Unternehmen“, sagte der Präsident des DIHK L.G. Braun. „Entscheidend bleibt die wirtschaftliche Perspektive“, so Braun. Er sprach sich dafür aus, die elterliche Verantwortung zu erhöhen und Ausbildungsgänge besser an neue Anforderungen anzupassen. Ein Wechsel in andere Branchen je nach konjunkturerlicher Lage müsse leichter möglich werden. Die Regierung hat eine gesetzliche Abgabe für Betriebe, die nicht ausbilden, in Aussicht gestellt.

DIHK für „Lokale Bündnisse für die Familie“. – *HB, Mi, 25.6.03.* Familienministerin R. Schmidt und DIHK-Präsident L.G. Braun sind sich einig, dass „Bündnisse für die Familie“ auf lokaler Ebene zwischen ortsansässigen Unternehmen, Kommunen und Wohlfahrtsverbänden, wie es sie bereits in einigen deutschen Städten gibt, „im ureigensten Interesse der Unternehmen liegen“. Von der Bundesregierung fordert er, für ein flächendeckendes Betreuungsnetz für Kinder bis zehn Jahren zu sorgen. Dies sei besser als das Kindergeld weiter anzuheben. Untersuchungen in den USA zufolge erhöhen familienfreundliche Maßnahmen der Unternehmen die Leistungsmotivation der Mitarbeiter und führe zu sinkenden Fehlzeiten am Arbeitsplatz und zu weniger Personalfluktuation.

EU mahnt Versicherungs- und Werbe-wirtschaft. – *HB, Do, 26.6.03.* Nach Geschlechtern getrennte Beiträge für Versicherungen sowie „stereotype“ Werbung sollen verboten werden, so die Aufforderung der Europäischen Kommission. Der Versicherungsverband der privaten Krankenversicherung erklärte, ein Verbot risikoadäquat kalkulierter Tarife führe zu Verwerfungen, die niemand wollen könne. Die Werbewirtschaft wehrt sich gegen die „Eiferer“ aus Brüssel.

Presseauswertung: rst

Kommunalpolitik stärker im Leitantrag. Sieben Änderungsanträge zu dem von Gabriele Zimmer und Lothar Bisky vorgelegten Leitantrag hatten Mitglieder des PDS-Landesverbandes NRW auf dem PDS-Parteitag gestellt. Sie kamen allesamt aus der Diskussion des Landesvorstandes und wurden von 50 Delegierten per Unterschrift unterstützt. Ein Antrag, bei dem es um eine deutlichere Kritik an der Verschärfung des Drucks auf Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger/innen ging, wurde teilweise von der Antragskommission übernommen. Zwei weitere wurden nach Begründung und jeweils einer Für- und einer Gegenrede im Plenum mit großer Mehrheit angenommen.

Erfreulich ist vor allem, dass sich die PDS durch einen der Änderungsanträge im Leitantrag deutlicher zur Kommunalpolitik „bekennt“, übrigens gegen das Votum der Antragskommission. Angenommen wurden die Sätze: „Weil gesellschaftliche Veränderung nur von unten kommen kann und weil wir für mehr Demokratie sind, sind wir für die Stärkung der Kommunen, auch finanziell. Aus diesem Grunde sind wir für die sofortige Rücknahme der Erhöhung der Gewerbesteuerumlage, für ein kommunales Investitionsprogramm und für eine Reform der Kommunalfinanzen, die die Gewerbesteuer reaktiviert oder eine ähnliche Steuerform einführt, damit Konzerne und Banken wieder stärker zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben herangezogen werden.“

Angenommen wurde des weiteren eine kurze Passage, die sich indirekt auf einen vom PDS-Kreisverband Wuppertal vorgelegten Antrag bezog und die Notwendigkeit von Bündnissen gegen den sozialen Kahlschlag der „Agenda 2010“ hervorhebt: „Wir wollen die breiteste gesellschaftliche Diskussion, Meinungsbildung und Entschließung. Diese Diskussion muss gerade in den Städten und Gemeinden entwickelt werden. Insbesondere dort wollen wir dazu beitragen, dass sich Foren des sozialen Widerstands bilden.“

Relativ knapp abgelehnt wurden Anträge, die auf eine deutlichere Positionierung für den Erhalt des solidarischen, beitragsfinanzierten Sozialversicherungssystems und für seine Ergänzung durch eine steuerfinanzierte Soziale Grundsicherung zielten. Immerhin: Die von manchen nicht gewollte Diskussion der Änderungsanträge – neben den Anträgen aus NRW wurden im Plenum insbesondere mehrere Anträge aus der Kommunistischen Plattform und von der AG Betrieb und Gewerkschaft behandelt – hat die Anliegen eines Teils der Delegierten aufgenommen und gleichzeitig dazu beigetragen, dass der Leitantrag schlussendlich nur wenige Gegenstimmen erhielt. wof

Von den Mitgliedern der Arbeits- und Konsultationsgruppe „Kommunalpolitik“ Dr. Uwe-Jens Rössel, MdL Dr. Michael Friedrich, Dr. Manfred Klaus und Alexander Thomas wurde ein Papier „Rettet die Kommunen – jetzt“ erarbeitet in dem es u.a. heißt: „Die PDS fühlt sich diesem bedeutsamen Anliegen auf allen Ebenen verpflichtet. Die PDS fordert daher die Bundesregierung auf, kurzfristig ein finanzielles Sofortprogramm des Bundes für die Stärkung der kommunalen Finanzkraft aufzulegen.“

ERSTENS soll die mit der Steuerreform im Jahr 2000 beschlossene Erhöhung der so genannten Gewerbesteuerumlage an Bund und Land von jetzt 26 Prozent wieder auf 20 Prozent (Stand im Jahr 2000 vor Beginn der Steuerreform) zurückgeführt werden. Damit hätten die Städte und Gemeinden sofort 2,3 Milliarden Euro an Gewerbesteuer mehr in der Tasche.

ZWEITENS sollte im Rahmen der laufenden Arbeiten am Nachtragshaushalt 2003 eine kommunale Investitionspauschale des Bundes für ostdeutsche Städte und Gemeinden sowie Kommunen in strukturschwachen Regionen des Altlandesgebietes im Einzelplan 60 (Allgemeine Finanzverwaltung) in einem Volumen zwischen 2 Milliarden Euro und 3 Milliarden Euro eingestellt werden. Die Mittel sollen direkt vom Bund in die Kassen der betreffenden Städte und Gemeinden fließen. Das gab es, damals ausschließlich auf Ostdeutschland bezogen, schon einmal in den Jahren 1991 und 1993. Die zur Finanzierung der kommunalen Investitionspauschale im Bundeshaushalt benötigten Gelder könnten durch den Verkauf eines vergleichsweise nur geringen, aber tatsächlich auch verfügbaren Teils der immensen Goldreserven der Bundesbank mobilisiert werden. Der Goldpreis befindet sich seit geraumer Zeit auf einem stabil hohen Niveau.

DRITTENS sollten in Ostdeutschland alle Haushaltmittel aus der Städtebauförderung, dem Programtteil Soziale Stadt und der sozialen Wohnraumförderung mit dem Ziel gebündelt werden, sie den Kommunen zum flexiblen Einsatz nach Bedarf zur Verfügung zu stellen.

VIERTENS dürfen die Länder ihre Zuweisungen an die Kommunen trotz eigener sehr angespannter Haushaltslage nicht kürzen, sondern müssen sie stabilisieren und erhöhen. – Die PDS erwartet von der Bundesregierung und den Landesregierungen, vom Bundestag, den Landtagen und vom Bundesrat, dass angesichts der bereits verlorenen Zeit die Vorbereitungen für den Einstieg in die Reform der Kommunalfinanzierung zügig zum Abschluss gebracht werden mit dem Ziel, erste wesentliche Schritte zum 1. Januar 2004 in Kraft zu setzen.“ Zusammenstellung: jöd

Am 9. Januar wurde im Rahmen des Tarifabschlusses für den öffentlichen Dienst eine Prozessvereinbarung zur Neugestaltung des Tarifrechts abgeschlossen (siehe Dokumententeil). Nur wenige Monate später kündigt die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) die Zuwendungs- (= Weihnachtsgeld) und Urlaubstarifverträge. Absicht der TdL ist es, im Angestelltenbereich der Länder Kürzungen für diese tariflichen Leistungen durchzusetzen, wie sie derzeit für die Beamten vorbereitet werden.¹

ver.di ist verärgert, denn mit diesem Beschluss widersprechen die Länder dem vereinbarten Vorgehen und den Zielen, wie sie in der Prozessvereinbarung stehen: Erhalt des öffentlichen Tarifverbundes (Bund – Länder – Gemeinden), Abkopplung vom Beamtenrecht. Und nicht zuletzt widerspricht es dem Tarifabschluss vom 9.1. selbst, denn darin ist das weitere Einfrieren der Zuwendung bis zum 31.1.2005 vereinbart.

Die Bundestarifkommission von ver.di ist für den 9. Juli einberufen worden. Sie wird zu entscheiden haben, ob unter diesen Bedingungen die Arbeit im Sinne der Prozessvereinbarung fortgeführt wird und wie auf die Kündigung der Tarifverträge reagiert wird.

Dabei war man in ver.di auf den Abschluss der Prozessvereinbarung schon fast stolz gewesen. Seit Jahren forderte vor allem die ötv, ab 1994 zusammen mit der DAG, die Schaffung eines einheitlichen Tarifrechts für alle Beschäftigten. Durch Änderungen im EU-Recht und darauf aufbauender Gerichtsurteile, insbesondere zum Thema Diskriminierung von Teilzeitbeschäftigen und Frauen, kam weiterer Änderungsbedarf hinzu.

Das Arbeitgeberlager, obwohl ständig klagend über die komplizierten und bürokratischen Bestimmungen im BAT und BMT-G, den beiden wichtigsten Rahmenarifverträgen, hat Verhandlungen bisher verweigert. Auch die Prozessvereinbarung ward nicht von ihnen vorgeschlagen, sondern wurde von den Schlichtern aufgegriffen und durchgesetzt.

Das Arbeitgeberlager fühlt sich zur Zeit sehr stark. Vor allem in der TdL gibt es starke Bestrebungen, die Tarifgemeinschaft ÖD zu zerschlagen und das Tarifrecht zu zersplittern. Mitte Mai beschloss der Ministerrat des Landes Baden-Württemberg den Austritt aus der TdL. Bayern, das Saarland, Hessen und Sachsen haben erklärt, über einen Austritt nachzudenken. Niedersachsen, Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern denken angeblich ebenfalls über einen Ausstieg aus der TdL nach und ziehen einen eigenen „Nordverband“ in Betracht. Das Land Berlin denkt nicht mehr darüber nach, sondern hat noch kurz vor Abschluss der Tarifrunde 2002/2003 seinen Blitzaustritt inszeniert.

Jetzt erst mal haben sich die Länder (ohne Berlin) auf die Kündigung der bei-

Kaum begonnen – schon zerronnen?

den genannten Tarifverträge geeinigt und somit ihre Austrittsdrohungen zurückgenommen. Für sie ist die anstehende Auseinandersetzung ein Versuchsballon, wie weit sie gehen können.

Der Flächentarif im öffentlichen Dienst bröseln

Die Situation ist für die Gewerkschaften, allen voran für ver.di, nicht einfach. Der Berliner Tarifkonflikt zeigt, dass die Verunsicherung bei den Beschäftigten ihre Wut noch im Zaum hält.

Andererseits muss etwas geschehen, denn der Flächentarif verliert zunehmend seine direkte und indirekte Bindung. Immer mehr Bereiche kündigen bestehende Tarifverträge oder weigern sich, den Tarifabschluss zu übernehmen. Einige Beispiele:

- Anfang des Jahres ist die AOK Berlin mit sofortiger Wirkung aus dem Geltungsbereich des Vergütungstarifvertrages ausgestiegen.
- Beim DRK konnte die Übernahme des Tarifergebnisses im materiellen Teil erreicht werden, nicht jedoch die Übertragung auf den Osten.
- Bei der AWO konnte zwar ein Tarifvertrag abgeschlossen werden, der eine gleiche Laufzeit wie der Tarifabschluss des öffentlichen Dienstes beinhaltet, aber die prozentualen Erhöhungen sind zum Teil um einige Monate verschoben und die Angleichung der Osteinkommen wird bis zum 1. Januar 2013 nur in jährlichen 1,11 % Schritten vollzogen.
- Große Krankenhaus- bzw. Gesundheitskonzerne sondieren die Möglichkeiten von Haus- bzw. Konzertarifverträgen (z.B. Rhön, Helios).
- Und nicht zuletzt sind durch die Privatisierung im ÖVNP, Müllentsorgungs-, Energie- und Wasserversorgungsbereich große kampffähige Betriebe aus dem Tarifverbund herausgebrochen worden. (Das Auseinanderdriften des privaten und öffentlichen Dienstleistungssektors war ein wesentlicher Grund für die Gründung von ver.di gewesen.)

Ein zunehmendes Problem sind Arbeitgeber, die Verträge mit ver.di kündigen und mit gegnerischen Organisationen Tarifverträge abschließen, die das bisherige materielle Niveau unterschreiten. Absenkungen von 25 bis 30% kommen dabei schon mal vor. Oder es werden mit diesen Organisationen wenig transparente Leistungs- oder Ergebniszulagen vereinbart, die betrieblichen Spielräume fast belie-

big eröffnen usw. Zu diesen Organisationen gehören z.B. die Gewerkschaft öffentlicher Dienst und Dienstleistungen (GÖD) oder der Deutschen Handels- und Industriearbeitnehmerverband (DHV).

Aber es wäre falsch, den abnehmenden Bindungsgrad des Tarifrechts im öffentlichen Dienst allein auf die derzeitige (bedingte) Schwäche der Gewerkschaften oder die schlechte Wirtschaftsspricht Haushaltsslage der öffentlichen Kassen zurückzuführen.

Neben den schon erwähnten Diskriminierungen (siehe hierzu auch den Beitrag „Diskriminierungsfreiheit als Ziel“) gibt es auch weitere Gründe für eine Reform, z.B. die Aufhebung der überholten Unterteilung in Arbeiter und Angestellte, Ost und West; fehlende adäquate Eingruppierungen für neue Berufsbilder und Tätigkeiten; flexible souveräne Arbeitszeitgestaltung ... (siehe Beschluss der Bundestarifkommission).

Die Bundestarifkommission hat deshalb eine schwierige Entscheidung zu treffen. *har*

1 Länder und Bund planen Kürzungen, sie liegen beim Weihnachtsgeldes um etwa 30 bis 40% bereits in diesem Jahr und Wegfall des Urlaubsgeldes ab 2004.

Dokumentiert

Prozessvereinbarung für die Tarifverhandlungen zur Neugestaltung des Tarifrechts des öffentlichen Dienstes (TVöD)

Tarifeinigung 9. Januar 2003

Die Tarifvertragsparteien sind sich darin einig, dass der öffentliche Tarifverbund zu erhalten ist. Das neu zu gestaltende Tarifrecht des öffentlichen Dienstes verlangt Einheitlichkeit und Differenzierung. Das bedingt allgemeine Regelungen und bedarfsorientierte, spartenspezifische Regelungen.

Bei der Neugestaltung des Tarifrechts des öffentlichen Dienstes (TVöD) lassen sich die Tarifvertragsparteien von folgenden wesentlichen Zielen leiten:

- Stärkung der Effektivität und Effizienz des öffentlichen Dienstes
- Aufgaben- und Leistungsorientierung
- Kunden- und Marktorientierung
- Straffung, Vereinfachung und Transparenz
- Praktikabilität und Attraktivität
- Diskriminierungsfreiheit
- Lösung vom Beamtenrecht
- einheitliches Tarifrecht für Angestellte und Arbeiterinnen/Arbeiter

Die Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes weisen darauf hin, dass auf Grund der Finanzlage der öffentlichen Haushalte dem Gebot der strikten Kostenneutralität Rechnung zu tragen ist. Die Intention der Neugestaltung des Tarifrechts beinhaltet auch die Flexibilisierung der Arbeitszeit sowie die Erhaltung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der öffentlichen Wirtschaft.

ver.di will das Tarifrecht für die Beschäftigten attraktiver gestalten. (...)

Die Tarifvertragsparteien streben im Ergebnis ein Tarifrecht des öffentlichen Dienstes (TVöD) an, das aus einem Allgemeinen Teil und Besonderen Teilen besteht. Der Allgemeine Teil enthält das neue Tarifrecht mit den einheitlichen Regelungen für den gesamten öffentlichen Dienst; das ausfüllende oder spezifische Tarifrecht für die Verwaltungen, Krankenhäuser, Sparkassen, Flughäfen und Entsorgungsbetriebe wird jeweils in einem Besonderen



Teil geregelt.

Allgemeiner Teil und der jeweilige Besondere Teil ergeben zusammen das Tarifrecht der entsprechenden Sparte des öffentlichen Dienstes. Aus beiden Teilen werden durchgeschriebene und von den jeweiligen Tarifvertragsparteien zu unterzeichnende Fassungen für jede Sparte erstellt. Allgemeiner Teil und die Besonderen Teile sind rechtlich selbständige Tarifverträge.

Während der Tarifverhandlungen stehen der Allgemeine Teil und die Besonderen Teile unter dem Vorbehalt der Gesamteinigung. Die Tarifvertragsparteien streben ein einheitliches Inkrafttreten aller Tarifverträge an.

Aus dem Beschluss der Bundestarifkommission vom 5./6. Mai 2003

Neugestaltung des Tarifrechts im öffentlichen Dienst

Ausgangslage

Das Tarifrecht des öffentlichen Dienstes besteht in seiner heutigen Grundsubstanz seit 1961. Es hat den Anspruch, alle Tätigkeiten des öffentlichen Dienstes zu erfassen und weitgehend bundeseinheitlich zu behandeln ... Die Regelungen hatten für viele Bereiche Leitbildcharakter und dienten zur Orientierung, so dass mindestens 7 Mio. Arbeitsverhältnisse mehr oder weniger von den Tarifergebnissen im öffentlichen Dienst betroffen sind.

Das Tarifrecht hat eine hohe, bis ins Detail gehende Regelungsdichte.

Im Unterschied zum Tarifrecht in der Privatwirtschaft regelt das Tarifrecht im öffentlichen Dienst die Arbeits- und Einkommensbedingungen nahezu abschließend... Über die tariflichen Mindestbedingungen hinausgehende Leistungen haben erst mit der Bildung privatrechtlich organisierter Betriebe Bedeutung erlangt.

Die haushaltsrechtlichen Vorgaben im öffentlichen Dienst haben eine zeitgemäße Fortschreibung und flexible Anpassung des Tarifrechts an eine sich verändernde Realität verhindert.

So sind z.B. die Tätigkeitsmerkmale in vielen Bereichen veraltet und werden den heutigen Erfordernissen – auch im Hinblick auf die notwendige Diskriminierungsfreiheit – nicht gerecht.

Die politischen Auffassungen über die Notwendigkeit und den Umfang staatlicher Dienstleistungen haben sich vom Zeitpunkt des Entstehens des Tarifrechts bis auf den heutigen Tag stark gewandelt. Durch eine grundlegende Neoorientierung der Politik seit Mitte der 80er Jahre – auch begründet durch Entscheidungen auf europäischer Ebene – zieht sich der Staat aus der bis dahin wahrgenommenen umfassenden Verantwortung im Bereich der Daseinsvorsorge immer mehr zurück. Die Senkung der Staatsquote



hatte und hat immer mehr Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen – insbesondere natürlich derjenigen, bei denen private Kapitalanleger Gewinne erwarten – zur Folge. Damit steht der öffentliche Dienst mit seinem Tarifrecht in direkter Konkurrenz zu privaten Betrieben, den Kirchen und den Trägern der freien Wohlfahrtspflege. Beispiele dafür sind die Liberalisierung des ÖPNV-Marktes, des Energiemarktes, der Bodenverkehrsdienste bei den Flughäfen oder die Privatisierung von Entsorgungsbetrieben, von Krankenhäusern usw. Dabei wird das spartenspezifische Tarifrecht der in Konkurrenz stehenden Unternehmen oftmals als anpassungsfähiger an neue Bedingungen empfunden, als dies beim bestehenden Tarifrecht des öffentlichen Dienstes mit seiner Regelungsdichte möglich ist. Unter einem besonderen Anpassungsdruck geraten dabei Arbeitsplätze und Einkommensbedingungen für an- und ungelernte Arbeitnehmer/-innen. Im Unterschied zum Arbeiter/-innentarifrecht im öffentlichen Dienst ist es in privatwirtschaftlichen Tarifbereichen in der Vergangenheit nicht gelungen, vergleichbare Bedingungen tariflich abzusichern (Entsorgungswirtschaft, Küchen- und Servicebetriebe, Gebäude- und Fahrzeugreinigung usw.). Die auseinanderfallenden Tarifniveaus begünstigen Tarifflucht sowie Lohn- und Sozialdumping.

Durch Liberalisierungsentscheidungen sind z.B. kommunale Unternehmen heute gezwungen, mit privaten Anbietern um Marktanteile zu konkurrieren. Die Unterschiede in den Arbeits- und Einkommensbedingungen des öffentlichen und privaten Sektors werden dabei zu einem zentralen Moment der Konkurrenz. Die Finanznot der öffentlichen Hand hat auch zu einer Deckelung der Finanzzuweisungen geführt ...

Insbesondere die kommunalen Arbeitgeber forderten als Antwort auf diese

Entwicklung spartenspezifische Regelungen. Ohne dies – so argumentieren sie – sei der Erosionsprozess bei den Arbeitgeberverbänden und damit des Flächentarifvertrages im kommunalen Bereich, aber auch im Länderbereich nicht aufzuhalten. Es sei erforderlich – so ihre Schlussfolgerungen – das Tarifrecht unter den Bedingungen von Markt und Wettbewerb zu erneuern, um ihm dadurch neue Bindungskraft zu verschaffen. In der tarifpolitischen Praxis wird dieses Vorhaben aber durch die Veröffentlichung von Tarifvertragsentwürfen diskreditiert, deren erkennbarer Zweck allein im Abbau tariflicher Leistungen besteht ...

In den Quellorganisationen und in ver.di wurde und wird auch ein erheblicher Änderungsbedarf gesehen. Nach wie vor besteht ein unterschiedliches Tarifrecht für Angestellte und Arbeiter/-innen, das Ungleichbehandlung beinhaltet. Die Tätigkeitsmerkmale zur Eingruppierung der Angestellten und Arbeiter/-innen sind in vielen Bereichen nicht mehr zeitgemäß.

Ziele der Verhandlungen

Es ist aufgrund der ungleichen Entwicklung in verschiedenen Sparten im öffentlichen Dienst und der entsprechenden Branchen nötig, ein bewegliches zeitgemäßes Tarifrecht zu schaffen, das auch den Erfordernissen der verschiedenen Sparten des öffentlichen Dienstes Rechnung trägt. Nur so kann die abnehmende Bindungskraft des Tarifrechts im öffentlichen Dienst gestoppt und es können wieder mehr Bereiche in das Tarifrecht einbezogen werden. Dies ist eine wichtige Voraussetzung, um das gemeinsame Handeln der Beschäftigten in den betroffenen Branchen zu sichern und um durchsetzungsfähig zu bleiben. Schließlich geht es dabei auch um Erhalt und Ausbau des öffentlichen Sektors als Alternative zu ausschließlich privatwirtschaftlichen gewinnorientierten Dienstleistungen ...

Auf dieser Grundlage haben Gespräche mit den Arbeitgebern von Bund, Ländern und Gemeinden stattgefunden, die das Ziel hatten, eine Vereinbarung zu den Inhalten und den Ablauf der Verhandlungen zu treffen. Im Rahmen der Lohn- und Gehaltstarifrunde 2002 des öffentlichen Dienstes ist eine „Prozessvereinbarung“ abgeschlossen worden, in der neben dem Zeitrahmen der Verhandlungen (bis 31. Januar 2005) gemeinsame Ziele festgelegt wurden. Diese Ziele, wie das der Einheitlichkeit des Tarifwerks für alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, der Lösung vom Beamtenrecht, der Erhöhung von Transparenz, der Diskriminierungsfreiheit und der Aufgabenorientierung sollen als politische Oberziele den Rahmen für die Verhandlungen darstellen.

Neben diesen einvernehmlich vereinbarten Zielen – die die Beschlusslage der Bundestarifkommission beinhalten – ha-

ben die Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes einseitig die Notwendigkeit einer strikten Kostenneutralität eines Abschlusses erklärt ...

Bei der Neugestaltung des Tarifrechts im öffentlichen Dienst lassen wir uns von den folgenden Zielvorstellungen leiten:

- Vereinheitlichung der Entgelttabellen für Arbeiter/-innen, Angestellte und Krankenpflegeberufe (für das Tarifgebiet der neuen Länder im Rahmen des vorgegebenen Zeithorizonts bis 2007/2009)
- Gestaltung eines attraktiven, zukunftsorientierten und diskriminierungsfreien Bewertungs- und Eingruppierungssystems, das einheitliche Bewertungskriterien zu Grunde legt und Zusatzqualifizierungen honoriert, Jüngere im Vergleich zum jetzigen System besser stellt und eine landesbezirkliche Ausgestaltung ermöglicht,
- Regelungen über Führung auf Zeit für Führungskräfte in Leitungsfunktionen
- Regelung des Anspruchs und der Höhe der Jahressonderzahlungen (Urlaubsgeld, Zuwendung),
- Regelungen zur Wochenarbeitszeit inkl. der (Rahmen-)Regelungen zu Arbeitszeitkorridoren und -konten, der Faktorisierungsmöglichkeit von Zeitzuschlägen sowie der Begriffsbestimmungen (Überstunden, Nacharbeit, Schicht- und Wechselschichtarbeit usw.),
- (Rahmen-)Regelungen zum Recht auf und Zugang zu Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen,
- Regelungen zur Absicherung der Arbeitnehmer/-innen im Krankheitsfall,
- Urlaubsregelungen,
- Regelungen zu Rationalisierungs- und Kündigungsschutz, sowie zur Leistungsminderung
- Anspruch auf Teilzeitarbeit,
- Freistellungsansprüche,
- Anspruch auf Betriebsrente,
- Rahmenregelung für leistungsbezogene Vergütungsbestandteile.

Spartenspezifische ergänzende Regelungen sind auf das notwendige Maß zu beschränken; beispielsweise Teilhabe der Beschäftigten am wirtschaftlichen Erfolg bei Sparkassen, Flughäfen oder Krankenhäusern. Bestehende Spartentarifverträge (z.B. TV-V, TV-N) sollen wieder in das neue Tarifrecht eingegliedert werden.

Kostenwirkungen

Der Erfolg eines neuen Tarifrechts hängt davon ab, dass es für die Beschäftigten attraktivere Bedingungen schafft. Am Ende der Verhandlungen bei Vorliegen aller Ergebnisse ist sicherzustellen, dass kein/e Arbeitnehmer/in im Rahmen der Überleitung in das neue Tarifrecht schlechter gestellt wird. Der Umgang mit nachweislich auftretenden Mehrkosten ist ggf. im Zusammenhang mit Lohn- und Gehaltsrunden zu regeln. (...)

Zum Haupt-Leitziel „Diskriminierungsfreiheit“

Mit dem Haupt-Leitziel der Diskriminierungsfreiheit versucht ver.di den Anforderungen der europäischen Kommission an ihre Mitgliedsländer, tarifliche Bewertungsgrundsätze diskriminierungsfrei zu gestalten, von Gewerkschaftsseite nachzukommen.

1957 schrieb der EWG-Vertrag in Artikel 119 den Grundsatz „*Gleicher Lohn für gleiche Arbeit*“ fest.

Knapp zwanzig Jahre später erweitert die EG diese Vorschrift zur Lohngleichheit um den Zusatz „*gleichwertige Arbeit*“ und verlangt einheitliche Kriterien für die Eingruppierung von Tätigkeiten; eine „*Initiativstellungnahme*“ des Wirtschafts- und Sozialausschusses der Europäischen Kommission verlangt im März 2001, dass Maßnahmen zugunsten der Chancengleichheit in den Mitgliedsländern verstärkt werden.

Frauen verdienen in Deutschland immer noch im Durchschnitt 30 % weniger als Männer.

Dass der Anspruch der Diskriminierungsfreiheit nun in den Forderungskatalog aufgenommen ist, liegt auch an dem Engagement der Frauen in ver.di bzw. deren Quellgewerkschaften.

Die Bewegung gegen die Lohndiskriminierung und für eine Neubewertung von Arbeit nahm zu Beginn der 90er Jahre einen Aufschwung. Frauen beschrieben ihre Arbeit in den klassischen Frauenberufen mit eigenen Worten und aus ihrer Sichtweise. Damals meldeten sich auf Initiative hessischer Gewerkschafterinnen Frauen im Schreibtischdienst, in Sekretariaten, Bibliotheken und psychosozialen Einrichtungen zu Wort und beschrieben ihre Tätigkeiten. Die Wertschätzung ihrer eigenen Berufsarbeit und die Erfahrungen aus ihrer Art, Leben und Arbeiten zu verbinden, bildeten die Grundlage der Ansätze zur Aufwertung und Neubewertung von Arbeit (ÖTV Hessen 1993-1996: „Frauen wollen mehr“). Es wurden erfolgreiche Kampagnen, Streiks und Tarifkämpfe u.a. von Erzieherinnen, Arbeiterinnen, Verkäuferinnen und Krankenpflegerinnen durchgeführt.

„Maß nehmen – Frauenarbeit aufwerten“

Die Initiativen zur Neubewertung von Frauentätigkeiten machten deutlich, dass auch scheinbar neutrale Regelungen in Tarifverträgen diskriminierend wirken. Deshalb beschloss der ÖTV-Gewerkschaftstag 1996 einen Antrag der Frauen für eine Kampagne unter dem Titel „*Maß nehmen – Frauenarbeit aufwerten*“ und gab zeitgleich ein Gutachten in Auftrag. Die Gutachterinnen Regine Winter und Prof. Dr. Gertraude Krell fanden heraus, dass der BAT keine der Vorgaben erfüllt, die der Europäische Ge-

richtshof für Entgeltsysteme vorsieht. Demnach müssen für alle Beschäftigten die gleichen Bewertungsmaßstäbe angewandt werden, die wiederum das Wesen der jeweiligen Tätigkeit erfassen sollen. Zudem muss die Wahl der Kriterien, nach der die Einstufung vorgenommen wird, nachvollziehbar sein. Gegen die erste Vorschrift verstößt die Trennung der Tarifteile in einen allgemeinen Teil I und in die verwirrenden Sonderregelungen in Teil II. Soziale Kompetenzen fallen völlig aus dem Bewertungsraster heraus. Nicht zuletzt verschweigt der BAT, nach welchen Kriterien ein Beruf oder eine Tätigkeit einer Vergütungsgruppe zugeordnet wird.

Selbständige Leistung und Verantwortung wird typischen Frauenberufen häufig aberkannt

Unter Leitung von Gertraude Krell wurden typische Frauen- und Männertätigkeiten miteinander verglichen und neu bewertet. Voraussetzung war dabei, dass die untersuchten Tätigkeiten unterschiedlich eingruppiert werden, obwohl sie nach den Kriterien Ausbildungsqualität und -dauer gleichwertig sind.

Zwar bekommen Erzieherinnen heute das gleiche Geld wie Erzieher und auch Krankenschwestern werden nicht schlechter bezahlt als Krankenpfleger, aber eine Diätküchenleiterin steht sich finanziell deutlich schlechter als ein Betriebshofleiter, obwohl sie einen vergleichbaren Ausbildungsabschluss hat. In ihrem Fall wird – wie bei so vielen Frauenberufen – das Tätigkeitsmerkmal „selbständige Leistung“ nicht als solches anerkannt. Völlig absurd regelt der BAT die Bewertung von „Verantwortung“. Diese wird überhaupt erst ab einer bestimmten Vergütungsgruppe berücksichtigt, so dass die Verantwortung von Erzieherinnen für Kinder nach der Systematik des BAT nicht honoriert, die eines Tierpflegers für Affen in bezirklichen Tarifverträgen jedoch sehr wohl angemessen entlohnt wird.

Es geht um die Aufwertung von Dienstleistungsberufen generell

Neben diesen Formen von struktureller Diskriminierung ergab das Gutachten, dass die soziale Kompetenz als wesentliches Merkmal in vielen Frauenberufen bei der Arbeitsplatzbewertung ignoriert wird. Der Umgang mit Technik wird stets höher bewertet als der Umgang mit Menschen: „Das betrifft natürlich auch Männer, die in Berufen arbeiten, in denen Kundenkontakt, Teamfähigkeit oder Beratung gefragt sind. Deshalb geht es uns generell um die Aufwertung von Dienstleistungsberufen.“ (Alexa Wolfenstädter, ehemals ÖTV-Tarifsekretariat) Auf dieser Basis empfahlen die Gutachterinnen, „Maßstäbe der Arbeitsbewertung zu entwickeln, die dem Wesen der (Frauen-)Arbeit im öffentlichen Dienst gerecht werden“. Sie schlugen zunächst eine Identifizierung von typischen Frauen- und

Männertätigkeiten vor, um diese dann neu zu beschreiben und dementsprechend neu zu bewerten. Die bisherige Einteilung in körperliche und geistige Tätigkeiten greift zu kurz. Als weitere Kategorie wurde eine emotionale Komponente eingeführt. Alle drei Kriterien sind in der Arbeitsbewertungsmethode ABAKABA (Analytische Bewertung von Arbeitstätigkeiten nach Katz und Baitsch) erfasst.

Viele sagen vielleicht, in dieser Zeit, in

der um den Erhalt von Tarifverträgen überhaupt gekämpft werden muss, ist eine solche Diskussion reiner Ballast. Andererseits kann eine Gewerkschaft bei vielen Mitgliedern an Ansehen und damit auch an Kampfkraft gewinnen, wenn sie emanzipatorische Ziele vertritt. *rst*

Materialien: „Aufwertung von Frauentätigkeiten.“ Ein Projekt im Auftrag der Gewerkschaft ÖTV von Prof. Dr. Gertraude Krell, Andrea-Hilla Carl und Anna Krehnke. Gewerkschaft ver.di, April 2001.

Leseempfehlung

Weil sie Juden waren

... wurden sie verfolgt, verhaftet, deportiert, erhängt oder vergast – meistens im KZ Auschwitz. Die deutsche Besatzungsmacht in Griechenland erklärte sie nach der Okkupation des Landes zum Freiwild. Mehr als 70.000 Jüdinnen und Juden in über 30 jüdischen Gemeinden lebten in Griechenland. Allein 50.000 waren in Thessaloniki wohnhaft. Im Hungerjahr 1941/42 starb ein Großteil der Bevölkerung an Unterernährung und Kälte. Die Todesrate in der jüdischen Gemeinde vor der Okkupation des Landes im April 1941 betrug 15 Personen pro Woche. Sie erhöhte sich in diesem Winter auf 60 Tote pro Tag. Während der Besatzungszeit flohen viele Familien vor dem faschistischen Terror in die Berge. Andere flohen in die italienische oder bulgarische Besatzungszone.

Bis zum 10. August 1943 verließen 18 Transporte mit insgesamt 45.123 jüdischen Bürgern aus der gesamten deutschen Besatzungszone Thessaloniki. Ihr Ziel war Auschwitz. Insgesamt kamen während der Naziherrschaft von 71.611 Griechen jüdischen Glaubens 58.885 gewaltsam um. Tullia Santin (Jg. 1966) untersuchte während ihrer Studien in Bochum, Thessaloniki und Berlin, auf der Grundlage von zwanzig autobiografischen Erinnerungen, wie griechische Juden ihre Verfolgung während des Holocaust wahrgenommen und verarbeitet haben. In dem Buch, dem ihre Dissertation zu Grunde lag, analysierte sie soziologische und psychologische Hintergründe des Verhaltens der ehemals Verfolgten. Sie stellt ihre Untersuchungen in engen Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Entwicklung des Landes und der Heimatverbundenheit der jüdischen Autoren dieser Erinnerungen. Das ist um so notwendiger, weil die offizielle griechische Geschichtsschreibung über die Zeit der deutschen Besatzung und den Zweiten Weltkrieg das Schicksal der Jüdinnen und Juden erst nach 1980 thematisiert hatte. Bis 1980, so konstatiert Tullia Santin, hat „das politische Klima die Aufarbeitung des Holocaust in Griechenland verhindert“.

Santin berichtet über einen bemer-

kenwerten Dokumentenfund am 24. Oktober 1980 auf dem Gelände des ehemaligen KZ Auschwitz. Eine Feldflasche, in 30-40 cm Tiefe im Boden verborgen, enthielt 13 durchnummerierte Textseiten, geschrieben von Marcel Nadjari, gebürtig in Thessaloniki. Nadjari berichtete über den Naziterror im Lager und seine vom Tode geweihte Arbeit im Sonderkommando von Auschwitz-Birkenau. Die noch lesbaren Aufzeichnungen des ehemaligen KZ-Häftlings wurden schließlich am 22. April 1982 in der griechischen Tageszeitung „Rizospastis“ veröffentlicht.

Schon in ihrem zehnten Lebensjahr, im April 1941, begann Rozina Ascher-Parados ihre Eindrücke und Beobachtungen in einem Schulheft zu notieren.

Erst 1999 hat sie ihre Aufzeichnungen ergänzt und aus der Sicht einer nunmehr erwachsenen Jüdin kommentiert.

Der fünfzehnjährige Jude Heinz Salvador Kounio begann nach seiner Befreiung, im Lager Ebensee erste Notizen über seine Erinnerungen in faschistischer Haft niederzuschreiben. Dazu benutzte er mangels Schreibpapier Kalenderblätter, die pro Tag nur für wenige Zeilen Platz boten. 1981 verfasste er seine Zeugnisse in einem umfangreichen Werk und fügte diesem über 400 Seiten Beweismaterial bei, das die faschistischen Verbrechen an der griechischen Bevölkerung belegten.

In dem beachtenswerten Buch der Griechin Tullia Santos werden nur wenige Auszüge aus den Erinnerungen der von ihr analysierten Niederschriften gedruckt. Sie sind ebenso erschütternd wie Beleg für die Kriegsverbrechen der deutschen Wehrmacht und SS in Griechenland während des Zweiten Weltkrieges. Erst die 2300-Jahrfeier Thessalonikis 1985, die mit dem 50. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges zusammenfiel, war Auslöser für die Aufarbeitung der jüdischen Geschichte Griechenlands.

Tullia Santin hat dazu einen wertvollen wissenschaftlichen Beitrag geleistet.

Franz-Karl Hitze

Tullia Santin: Der Holocaust in den Zeugnissen griechischer Jüdinnen und Juden / Duncker & Humblot, Berlin 2003, br., 211 Seiten, 18,80 / ISBN 3-428-10722-5

ArGe Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung

Linke Sommerschule 2003

Seit 1992 führt die Arbeitsgemeinschaft „Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ in und bei der PDS zweimal jährlich die Linke Schule durch, auch in diesem Winter wieder mit drei Kursangeboten.

Kurs Wirtschaft

Bauwirtschaft und kommunale Politik

Im Winterkurs hatten wir uns mit sozialen und ökonomischen Besonderheiten der Bauwirtschaft auseinandergesetzt. Die starke strukturierende, gemeinschaftsbildende oder auch zersetzende Wirkung von Bauwerken fordert politische Planung der Baumaßnahmen der öffentlichen Hand und ein Baurecht, das die Bautätigkeit der Privaten reguliert. Die Diskussion der Winterschule führte uns dazu, Planmaßnahmen und regulierende Gesetze unter politischen Zielvorstellungen zu beurteilen (siehe auch den Bericht „Imperialistische Metropole versus solidarische Stadt, PB Nr. 10/2003)

In dem jetzt folgenden Sommerkurs wollen wir zunächst auf dieses Ergebnis zurückkommen und zu einer sorgfältigen Prüfung auf Material der Winterveranstaltung zurückgreifen. Dieser Einstieg soll auch Teilnehmenden, die aus irgendwelchen Gründen im Winter nicht konnten, den Anschluss erleichtern.

Sodann wollen wir uns mit Ansätzen kommunaler Politik befassen, vor allem unter folgenden Fragestellungen:

- Kann und soll man Wohnen und Arbeiten näher zusammenbringen? Stadtentwicklung, Bündnismöglichkeiten mit Gewerkschaften.
- Das Bedürfnis „Wohnung“ und die Frage der Eigentumsformen. Empirische Befunde über die Anteile von Eigenheimen, Genossenschaftswohnungen, Mietwohnungen im Gemeindeeigentum und Mietwohnungen der Wohnungswirtschaft.

Anhand ausgewählter Planungskonzepte wollen wir uns dann mit dem Problemkreis der unzulänglichen und unübersichtlichen Bewirtschaftung des immobilen Eigentums der öffentlichen Hand, besonders der Kommunen auseinandersetzen.

Abschließend ginge es darum, zu diskutieren, wie die Experten-Diskussion von Themen wie

- Stadtplanung / Genossenschaftsprojekte

- Stadtplanung/ Mietrecht, Mietervereinigungen
- Renditebauten / Mietrecht, Mietervereinigungen

für eine breiter und öffentliche geführte politische Diskussion erschlossen werden kann.

Für die Vorbereitungsgruppe: Martin Fochler, Rüdiger Lötzer

Kurs Philosophie

Öffentlichkeit und Massenmedien

Wir wollen uns in diesem Kurs mit den Fragen von Öffentlichkeit und öffentlicher Meinung und mit der Rolle und Funktion der Massenmedien befassen.

Die Öffentlichkeit ist durch die Massenmedien beherrscht. Die Abhängigkeit des Individuums von den Massenmedien ist extrem, weil nahezu alles, was es von der Welt, von der Gesellschaft weiß, über Massenmedien – v.a. Fernsehen, Zeitungen, Zeitschriften, Bücher, Filme – vermittelt ist. Die Abhängigkeit ist aus vielen Gründen höchst problematisch: Dass und wie die Massenmedien Wirklichkeit konstruieren, ist schwer durchschaubar, die Wirkung auf die Gesellschaft indes ist immens. Da die Massenmedien um Marktanteile konkurrieren, ist mehr und mehr der Markt zur Legitimationsinstanz geworden (Einschaltquote, Bestsellerliste). Die breite Mehrheit der Bevölkerung ist von demokratischer Nutzung, von jeder direkten Einflussnahme ausgeschlossen, sie ist nicht Subjekt, sondern Objekt der Massenmedien.

So stellt sich für alle emanzipatorischen Bewegungen das große Problem, wie sie ihre Anliegen in die von den Massenmedien beherrschte Öffentlichkeit tragen und Mehrheiten gewinnen können. Welche Chance besteht überhaupt, am Prozess der politischen Meinungs- und Willensbildung teilzunehmen, die von den Medien konstruierte Realität und die damit transportierten Werte, Weltbilder, Themen kritisch zu hinterfragen und zu verändern?

Wir lesen und diskutieren Texte von Schiller, Krakauer, Adorno, Habermas, Bourdieu und Luhmann. Die Texte liegen wie immer bei Beginn des Kurses vor.

Christiane Schneider

Kurs Geschichte

Linke Bildungs- und Schulkonzepte im 20. Jahrhundert

Seit PISA ist das Thema „Bildung“ in der öffentlichen Debatte. Das schlechte Abschneiden deutscher Schulen im internationalen Vergleich verlangt geradezu nach einer grundlegenden Reform des deutschen Bildungswesens. Jedoch scheint sich die Diskussion an Lösungsansätzen zu orientieren, welche schon im Übergang vom 19. zum 20. Jahrhundert diskutiert wurden. Dies näher zu beleuchten, zu klären, was hinter Begriffen



wie „Ganztagschule“, „Einheitsschule“, „Reformschule“ steht, soll Aufgabe der AG Geschichte der Linken Sommerschule 2003 sein.

Ausgehend von reformpädagogischen Konzepten der Jahrhundertwende, wollen wir uns eingehend mit Bildungsaussagen der SPD ausgehend von der Zeit des Gothaer Programms (1869) bis hin zum Mannheimer Parteitag (1906) beschäftigen. Weitere Schwerpunkte unserer Arbeit sollen zum einen die Greilsche Schulreform (1921–23) aber auch das Einheitsschulkonzept der DDR und bildungspolitische Ansätze der sogenannten Dritten Welt, hier insbesondere die von Julius Nyerere (Tanzania) sein.

Im Verlauf der Diskussion wird auch der jeweilige Bildungsbegriff näher beleuchtet werden. Die Themen werden vor allem anhand von Texten und Dokumenten gemeinsam erarbeitet. Zu einzelnen Themenschwerpunkten bzw. Reformkonzepten werden uns Fachleute mit Diskussionsbeiträgen zur Seite stehen.

Als Ansprechpartnerin für Interessierte und für Anmeldungen aus den ostdeutschen Bundesländern steht zur Verfügung: Dr. Heide Wildauer, PDS-Fraktion im Thüringer Landtag, Arnstädter Straße 51, 99096 Erfurt Tel: 0361/ 377-2609 oder 377-2260, Fax: 0361/ 377-2416, e-Mail: wildauer@pds-fraktion-thueringen.de. Die Anmeldung kann kurzfristig erfolgen. Texte und Dokumente können vorab verschickt werden.

Wann?

Donnerstag, 7. August, Beginn der Kurse 14.00 Uhr, bis maximal Sonntag, 11. August, mittags.

Wo?

Jugendwohnheim Juventas, Güntherstr. 26–27, 99705 Sondershausen, Telefon (0 36 32) 78 22 59

Die Übernachtung kostet im Gästebereich pro Tag 21,- / Einzelzimmer/Doppelzimmer, im Herbergsbereich 15,-/13,-. Die Verpflegung bei Essenseinnahme Donnerstag Mittag bis Sonntag früh einschl. Kaffeemahlzeit 50,-, von Do Abend bis So früh 45,-, bei Einnahme Einzelverpflegung pro Mahlzeit 5,20,-, pro Kaffeemahlzeit 1,60,-. Sollten sich kurzfristig noch Änderungen ergeben, informieren wir in der nächsten Ausgabe dieser Zeitung.

Anmeldung:

Möglichst bald und verbindlich bei: Christiane Schneider, c/o GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. (0 40) 43 18 88 20, Fax (0 40) 43 18 88 21, eMail: gnn-hhsh@hansenet.de

Oder bei:

Dr. Heide Wildauer, PDS-Fraktion im Thüringer Landtag, Arnstädter Straße 51, 99096 Erfurt, Tel: 0361/ 377-2609 oder 377-2260, Fax: 0361/ 377-2416, e-Mail: wildauer@pds-fraktion-thueringen.de.

Einladung zur Mitgliederversammlung der Ar- Ge „Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ in und bei der PDS

Freitag, 8. August, 19.00 Uhr
Jugendwohnheim Juventas, Güntherstr.
26-27, 99705 Sondershausen

Vorschlag für eine Tagesordnung:

1. Die Programmdiskussion der PDS – Stand
2. Die Kommunalverfassung und ihre Bedeutung in der programmatischen Debatte und Politik der PDS
3. Wahl des Sprechers/der Sprecherin
4. Die nächsten Projekte der ArGE bzw. Linken Schule
5. Verschiedenes

5. Juli, Marburg: *Eliten – Männerbünde – Vaterland:* Tagung zur Kritik von Korporationen. Konservative Eliten allgemein / Überblick über studentische Verbindungen / Innere Strukturen / Männerbünde / Mensur / Deutsche Burschenschaft und Neue Deutsche Burschenschaft / Deutschlandpolitik und Europastrategien in der DB und NDB / Wingolf / Corps / Studentenverbindungen in der Schweiz / Männliche Elite / Nähere Infos: <http://www.p-kw.de> (Projekt Konservativus und Wissenschaft).

31. Juli bis 10. August, Köln: *6. Antirassistisches Grenzcamp „Out of control“.* Aufruf unter: http://infoladen.de/koeln/fnb/camp/aufr_d.htm

1.-6. August, Münster: *Die Welt ist rund...* 2. Attac-Sommerakademie, The-menschwerpunkte: 1. Wer regiert die Welt? 2. Arbeit ohne Grenzen 3. Macht Demokratie! „Die Sommerakademie soll eine Verbindung zwischen ‘Experten-Vermittlung’ und ‘Mitmach-Akademie’ sein. Das heißt, dass das Konzept sowohl die intensive Vermittlung von Fachwissen durch (internationale) ExpertInnen als auch die aktive Beteiligung der TeilnehmerInnen nach dem Motto ‘Lernen voneinander und miteinander’ zum Ziel hat. Es finden verschiedene Veranstaltungsformen statt: Workshops, Vorträge, offene Diskussionen, Podiumsveranstaltungen u.a. Darüber hinaus gibt es ein Rahmenprogramm mit Konzerten, Stadtführungen, Sport und einem Markt der Möglichkeiten.“ Sozialismus und WISSENTransfer veranstalten am 2.8. im Rahmen der Sommerakademie eine Plenumsdiskussion über Weltordnung und Neuen Imperialismus, u.a. mit Joachim Bischoff, David Harvey, Arno Klönne, Mohsen Massarrat. Info: Attac-SOAK-Büro im Institut für Soziologie der Universität Münster, Scharnhorststr. 121, Raum 508, 48151 Münster; Tel. 0251/832 4835 www.attac.de

7.-10. August, Sondershausen: *Linke Sommerschule* der ArGe Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung. Die ausführliche Ankündigung findet sich auf S. 22f. dieser Ausgabe

29.-30. August, Hannover: *Militärmacht Europa? – Friedenspolitische Alternativen – 2. Friedenspolitischer Kongress*, Veranstalter: Friedensbüro Hannover, DFG-VK Niedersachsen/Bremen, BI Sozialismus, Pax Christi Hannover, Internationaler Versöhnungsbund Gruppe Hannover, VHS Hannover, gewerkschaftliche Gruppen u.a. Hannover, Soziokulturelles Zentrum Pavillon, Lister Meile 4, www.friedenskongress-hannover.de

1.-5. September, Bielefeld: *Grundlinien einer alternativen Wirtschaftspolitik.* ver.di-Bundesschule in Bielefeld, Sommerschule der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, u.a. mit Hermann Bömer, Heinz J. Bontrup, Rudolf Hückel, Jörg Huffschmid, Wilfried Kurtzke, Mario Leonhardt, Norbert Reuter, Ingo Schmidt, Margit Schratzenstaller, Klaus Steinitz, Axel Troost und Joachim Trube, Info: Tel. 0421/9414480. www.memo.uni-bremen.de memorandum@t-online.de

21. September, Bayern: *Landtagswahl*

27. September, Berlin: *Freier Handel mit Bildung?* Internationaler Workshop zu GATS und die Zukunft der öffentlichen Bildungssysteme, der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der sich mit dem Thema „GATS und die Zukunft der öffentlichen Bildungssysteme“ beschäftigen wird. Er findet am 27. September 2003 im Konferenzsaal der Stiftung in 10243 Berlin, Franz-Mehring-Platz 1 (Nähe Ostbahnhof), statt und wird gemeinsam mit Helle Panke e.V. durchgeführt. Ihre Mitwirkung haben zugesagt: Feleknas Uca (Mitglied des Europäischen Parlaments), Prof.Dr. Christoph Scherrer (Universität Kassel, Verfassen mehrerer Gutachten), Ulrich Thöne (Vorsitzender des GEW-Landesvorstandes Berlin), Jürgen Klausenitzer (Bildungswissenschaftler und Publizist, Frankfurt / Main), Nico Hirtt (Herausgeber und Chefredakteur der belgischen Zeitschrift „Die demokratische Schule“), Horst Bethge (Sprecher der AG Bildungspolitik bei der PDS, Hamburg), Dr. Andreas Keller (FU Berlin), Prof.Dr. Christa Uhlig (Mitherausgeberin des Jahrbuches für Pädagogik 2002, Berlin). Für Rückfragen steht Volker Eichstedt, Rosa-Luxemburg-Stiftung, zur Verfügung. Tel.: 030 / 44 310 150. Um frühzeitige Anmeldung wird gebeten.

10.-12. Oktober 2003, Universität München. *Making History – Tagung zu Positionen und Perspektiven kritischer Geschichtswissenschaft.* Veranstaltet vom Arbeitskreis Kritische Geschichte in Kooperation mit: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Stiftung Sozialgeschichte, Kurt-Eisner-Verein für politische Bildung, AStA der Universität München, Archiv der sozialen Bewegungen Bremen, Fachschaft Geschichte der Universität München. Näheres: www.kritische-geschichte.de.

12. Oktober, Hannover: *20. Ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall*

18. Oktober, Berlin: *ver.di-Bundeskongress*

25./26. Oktober, Chemnitz: *Programmparteitag der PDS*

26. Oktober, Brandenburg: *Kommunalwahlen*

• **ArGe „Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ in und bei der PDS • Kurs Wirtschaft der Linken Schule**

Kommunalpolitische Weiterbildung

• **Sonntag, den 20. Juli, 10.30 Uhr bis 16.30 Uhr, Fulda, DGB-Jugendbildungsstätte, Magdeburger Str. 69**

Einladung

• Stadträtinnen und Stadträte von PDS-Listen aus den alten Bundesländern (Essen, Köln, Gelsenkirchen, Stuttgart, München) laden kommunalpolitisch Interessierte zu einer Weiterbildungsveranstaltung ein, die vom Kurs Wirtschaft der Linken Schule (namentlich Rüdiger Lötzer und Martin Fochler) vorbereitet wird.

Thema: Die Finanzierung der Kommunen im politischen System der BRD

• Zur Diskussion wird eine Arbeitsmappe vorbereitet zu folgenden Problemstellungen:

- a) Das System der Steuerzuführung aus Mitteln den Bundes, der Länder und eigener Steuern der Kommunen am Beispiel der Auswirkungen der letzten Umgestaltungen durch die Regierung
- b) Die geplanten Änderungen der Sozialgesetzgebung und Steuern (Agenda 2010, Steuerreform, Reform der Kommunalfinanzen) und ihre absehbare Auswirkung auf die Finanzierungssituation der Gemeinden
- c) Die Forderungen des Stadtrats an Bund und Länder sowie die Forderungen der PDS in diesem Zusammenhang
- d) Perspektive Bürgerhaushalt?

• Abschließen soll diskutiert werden, ob zu diesem Problemkreis ein Materialheft erstellt werden kann/soll, was an erläuternden Texten erforderlich wäre und wer es bis wann schreiben könnte.

Literaturbericht:

• Nachdem der Kurs Wirtschaft der ARGE in den Jahren 2000 bis 2001 in insgesamt 8 Tagungen einen Einführungskurs in die Volkswirtschaftslehre anhand des Buches „Grundlagen und Probleme der Volkswirtschaft“ von U. Baßeler, J- Heinrich und Walter A.S. Koch (erschienen im Wirtschaftsverlag Bachem) durchgeführt hat, wird berichtet, welche Literatur sich zum Studium der Theorie der öffentlichen Finanzen eignet. Gute Erfahrungen gibt es mit dem Text von R.A. Musgrave, P.B. Musgrave und L. Kullmer, „Die öffentlichen Finanzen in Theorie und Praxis“, UTB 449. Der Band ist aber leider vergriffen, so dass wir uns über eine andere Quelle verständigen müssen, in der aber Musgraves Theorie der öffentlichen Güter enthalten sein sollte.

Martin Fochler, Rüdiger Lötzer